

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Wertages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 24.—29. Sept. 15 000 000 M. freibleibend. Einzelerkaufpreis 2 500 000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.  
          { 926 nur Geschäftsstelle.

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 224.

Dienstag, 25. September 1923.

30. Jahrgang.

## Das Ende des passiven Widerstandes.

### Die entscheidenden Besprechungen.

III. Berlin, 25. September.

Die Besprechungen begannen kurz nach 5 Uhr und waren nach 8 Uhr abends zu Ende. Sie wurden vom Reichskanzler Dr. Stresemann geleitet. Anwesend waren neben den Mitgliedern des Reichskabinetts und des preussischen Kabinetts eine große Zahl von Vertretern aller Berufsstände und Parteien des besetzten Gebietes und daneben die Abgeordneten des besetzten Gebietes.

Dr. Stresemann gab einleitend einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Lage und insbesondere über die außerordentlichen Schwierigkeiten, die die finanzielle Durchführung des Ruhrkampfes gebracht habe. Hierbei nannte der Kanzler u. a. Ziffern, die ihren tiefen Eindruck auf die Versammelten nicht verfehlten, zumal hierbei zum Ausdruck kam, daß auch die schärfste Anspannung der Steuern die weitere Durchführung des Kampfes in der bisherigen Form nicht gestattet. Dr. Stresemann führte dann weiter aus, daß sich die Aufrechterhaltung und Weiterführung des passiven Widerstandes nicht als ein Mittel erwiesen hätte, zu Verhandlungen mit Frankreich und Belgien zu kommen, und daß es infolgedessen notwendig sei, die Taktik des Kampfes zu ändern.

Hierauf kamen die Vertreter des besetzten Gebietes in großer Zahl zu Wort. Es wurde von ihnen insbesondere zum Ausdruck gebracht, daß der Abbau des passiven Widerstandes auf ungeheure Schwierigkeiten nicht nur moralischer, sondern auch rein technischer und organisatorischer Natur stoßen würde, und daß insbesondere die Wiederaufnahme der produktiven Arbeit aus den verschiedensten Gründen die größten Schwierigkeiten machen würde. Selbstverständlich spielte bei diesen Erörterungen die Frage des Eisenbahnverkehrs die Hauptrolle. Von Seiten der Regierung wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Erörterung von Einzelheiten dieser Frage allzu weit führen würde, und daß sie zweckmäßigerweise durch die beteiligten Ministerien, insbesondere aber durch das Ministerium für die besetzten Gebiete ressortmäßig erledigt würden. Im wesentlichen stellten die Redner der besetzten Gebiete dringend

#### dreie grundlegende Forderungen

auf, nämlich erstens die, daß die Regierung zweckmäßige Uebergangsbestimmungen treffen möge, einen finanziellen und moralischen Zusammenbruch des Ruhrgebietes zu verhüten, daß zweitens möglichst bald die Richtlinien für die praktische Durchführung der Aufgabe des passiven Widerstandes gegeben würden, daß drittens sich die Regierung mit aller Kraft für die Erlangung der vom besetzten Gebiet geforderten Amnestie einsetzen würde.

Zum Schluß ergriß Reichskanzler Dr. Stresemann nochmals das Wort zu längeren Ausführungen und sagte insbesondere zu, daß die Regierung alles nur in ihren Kräften stehen tun würde, um diese Forderungen soweit als nur irgend möglich durchzusetzen. Er ließ allerdings keinen Zweifel darüber, daß irgendwelche festen Zusicherungen von Seiten des Gegners nicht vorhanden seien, betonte aber die Entschlossenheit der Regierung, unter keinen Umständen ihre Unterchrist unter ehrslose Zumutungen zu sehen. Er deutete in diesem Zusammenhang an, daß von einer anderen, also dritten Seite Zusicherungen darüber vorliegen, daß irgendwelche territorialen Zugeständnisse von Deutschland nicht verlangt würden. Stelle sich allerdings — darüber ließ Dr. Stresemann keinen Zweifel — nachträglich heraus, daß trotz derartigen Zusicherungen ehrslose Zumutungen gestellt würden, so sei für die Regierung der Moment gekommen, die Konsequenzen zu ziehen. Sich irgendwelche Illusionen zu machen habe keinerlei Zweck, und die Regierung denke auch nicht daran, die Verantwortung von sich auf irgendwelche andere Kreise abzuwälzen. Sie trage die Verantwortung bis zum letzten Augenblick und habe die Vertreter des besetzten Gebietes nicht zu sich gerufen, um die Verantwortung auf diese zu übertragen, sondern mit dem ausgesprochenen Ziel, die Meinung des besetzten Gebietes zu hören und sich darüber zu vergewissern, ob auch das besetzte Gebiet die Auffassung der Regierung teile.

Der einmütig gefaßte Beschluß der Reichsregierung dürfte im Laufe des Mittwoch der deutschen Bevölkerung bekanntgegeben werden. Die Regierung hat sich der Zusicherung der weiten Kreise der Bevölkerung des Ruhrgebietes verpflichtet. Lediglich die Deutschnationalen, als deren Vertreter der berühmte Herr van Kerckhoff in der ersten Besprechung mit dem Reichskanzler am Montag nachmittag anwesend war, vernicnten die Zustimmung zu der Politik des Kabinetts Stresemann. Er will, getreu der Sinnesart unserer Deutschnationalen, das Ruhrgebiet zu einem Kriegsschauplatz machen. Fivoler kann mit deutschem

Volksblut und der Menschenkraft nicht gespielt werden. Aber die Reichsregierung kann den von ihr beschlossenen Schritt auch ohne Zustimmung der Deutschnationalen beruhigt gehen. Anhänger der deutschnationalen Partei gibt es im Ruhrgebiet nicht, und soweit es sie bisher gab, dürften sie zu der Einsicht gekommen sein, daß deutschnational sein nichts anderes heißt, als mit der Volkskraft Schindluder treiben.

Am Dienstag wird die Reichsregierung über die von ihr beabsichtigte Politik mit den Regierungen der Länder Besprechungen führen. Bereits am Montag hat der Reichskanzler mit dem bayrischen Ministerpräsidenten über die kritische Lage in Bayern verhandelt.

Am Dienstag vormittag tritt ein Teil der rheinischen Parteiführer erneut zu einer Besprechung zusammen, um eine Kundgebung an die Bevölkerung der besetzten Gebiete vorzubereiten.

SPD. Gewitterschwüle durchzieht unser Land! Unverantwortliche Elemente sind unter bestimmten Vorwänden am Werke, die Volksstimmung zu verbrecherischen Akten gegen Reich und Staat auszunutzen. Sie bezichtigen die Regierung des nationalen Verrats, obwohl das Kabinett Stresemann nur von dem Gedanken beseelt ist, noch schlimmere Folgewirkungen der unter Cuno leichtfertig betriebenen deutschnationalen Politik bei Wahrung der Souveränität des Reiches zu verhindern. Voraussetzung dazu ist aus finanziellen und politischen Gründen die

#### Beendigung des passiven Widerstandes.

Sie ist notwendig, vor allem aber auch, weil eine Fortsetzung des gegenwärtigen Zustandes im Ruhrgebiet den deutschen Interessen nicht mehr dienen kann, sondern lediglich Wasser auf den Mühlen der rheinischen Sonderbündler bedeutet.

Nur aus Liebe zum Volk konnte so in der Nacht vom Sonntag zum Montag von der Reichsregierung ein Beschluß gefaßt werden, der auf die Rückkehr zur Produktion im Westen Deutschlands hinausläuft. Neun Stunden hat das Kabinett bedurft, um sich zu diesem Schritt durchzurufen, der in einer

#### Aufforderung an die Beamten, Angestellten und Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit

in den umkämpften deutschen Gebietsteilen gipfelt. Es ist bezeichnend für die verräterische Art der deutschnationalen Heher, daß die Regierung in vollkommener Uebereinstimmung mit den maßgebenden Vertretern des Rhein- und Ruhrgebietes handelt. Diese Männer, die monatelang mit in vorderster Front gestanden und gekämpft haben, erklärten am Montag dem Reichskanzler gegenüber ausdrücklich ihre Zustimmung zu der Politik des gegenwärtigen Kabinetts und mit ihrer Genehmigung wird in den nächsten Tagen auch der Appell an die Bevölkerung der besetzten Gebiete gerichtet werden, das Verantwortungsbewußtsein der regierenden Politiker durch die Tat zu unterstützen. Kein Mensch denkt daran, die Bevölkerung, die seit neun Monaten ihren Mann gestanden hat, im Stich zu lassen. Mit der Sorge um die Reichseinheit ist in Berlin die Sorge um die Existenz der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft im Westen Deutschlands verbunden. Gewiß ist der Schritt zum Abbau der passiven Resistenz auch aus finanziellen Gründen gemacht worden, aber trotzdem herrscht vollkommene Klarheit innerhalb der Reichsregierung darüber, daß die Verminderung der bisher für das Ruhrgebiet verausgabten Geide im Verhältnis sicher muß zu der tatsächlichen Wiederaufnahme der Arbeit.

Mit dem mutigen Schritt, den passiven Widerstand abzubrechen, hat die Reichsregierung das letzte Hindernis zu Verhandlungen mit den Ententemächten aus dem Wege geräumt. Herr Poincaré hat immer wieder erklärt,

#### Dollarschwankungen.

Nach zweitägiger Unterbrechung machte sich im Devisenverkehr der heutigen Börse einige Unstetigkeit geltend. Aus New-York wurde am Sonnabend ein stark gedrückter Schlussskurs für die Mark gemeldet und auch im Bureauverkehr war der Dollar am Sonnabend teilweise über 200 Millionen gestiegen. Im heutigen Frühverkehr legte er unter Schwankungen mit 200 Millionen ein, um dann auf Abgaben der Reichsbank hin um 1 Uhr mit circa 166 bis 167 Millionen genannt zu werden. Das Pfund hörte man mit 750 Millionen. Die augenblicklich komplizierte außenpolitische und innenpolitische Lage wirkt sehr beunruhigend und man glaubt in Wörtern zu sagen, daß die Stützungaktion der Reichsbank bezw. Reichsfinanzministeriums nicht allzu lange möglich ist, wenn nicht bald eine Lösung der brennenden Fragen gefunden wird. Im übrigen herrscht noch Zurückhaltung, da ja wichtige Entscheidungen bevorstehen.

Kurs vom 25. September:

Dollar 150 000 000.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 4000 000 Mark, auswärtige Grundpreis 150 M. mal Schlüsselzahl d. D. Z. B., Veramml., Arbeits- u. Wohnungsanzeige. 3500 000 M., Reklamen 16 000 000 M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle  
          { 905 nur Redaktion.

daß von dem Verzicht auf die Abwehr der Beginn der Verhandlungen abhängig gemacht wird. In den nächsten Tagen dürfte ihm die Gelegenheit gegeben werden, sein Wort in die Tat umzusetzen und einen Beweis der Loyalität zu liefern, die man bei ihm als Vertreter einer siegreichen Macht voraussetzen sollte. Er und seine Regierung dürfen sich aber keiner Täuschung darüber hingeben, daß eine restlose Wiederaufnahme der Produktion im Ruhrgebiet auch ohne die Freigabe der Verhafteten und die Rückkehr der Ausgewiesenen nicht möglich ist. Man sollte annehmen, daß die Alliierten insgesamt als Gläubiger Deutschlands an einer vollkommenen Produktion interessiert sind, da gerade hiervon die Reparationszahlungen in starkem Maße abhängig sind. Deshalb schon dürfte die Reichsregierung nicht umhin können, mit der Gesamtheit der alliierten Mächte nicht nur das Reparationsproblem als solches, sondern auch die Fragen zu erörtern, die zur restlosen Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet führen können.

Die äußerst schwierige Aufgabe, vor die sich das Reichskabinett in den kommenden Tagen gestellt sieht, wird ihr leider durch ein verantwortungsloses Treiben jener Kreise, die sich „national“ nennen, äußerst schwer gemacht. Im Westen Deutschlands planen gewissenlose Fanatiker die Ausrufung der rheinischen Republik, und aus Südbayern kommen Mitteilungen, die ebenfalls darauf schließen lassen, daß die Regierung ihre Kraft in den kommenden Tagen nicht ausschließlich dem Ruhrgebiet und der hiermit zusammenhängenden Probleme widmen kann. Inzwischen sind alle Vorbereitungen getroffen, um jede gewaltsame Aktion, die sich gegen die Verfassung richtet, mit drakonischen Mitteln niederzuschlagen. Das ist anerkennenswert, aber wir sind der Auffassung, daß die Regierung, bevor sie genötigt ist, ihre Pläne zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern zu verwirklichen, mehr tun kann, wie sie bisher getan hat. Es gibt nun leider einmal in Deutschland eine „bessere Gesellschaftsschicht“, die ihre Hauptaufgabe gegenwärtig darin sieht, der Regierung mit allen Mitteln Schwierigkeiten zu bereiten. Sie denkt nicht daran, Zurückhaltung zu üben, nachdem an der Absicht der Reichsregierung nichts mehr zu ändern ist und der Beschluß zum Abbau des passiven Widerstandes vielleicht schon in zweimal 24 Stunden seine Verwirklichung erfährt. Wir sind deshalb der Auffassung, daß diese Demagogen zwangsmäßig zu dem erzogen werden müssen, was die Not der Stunde erfordert. Man verbietet die „rote Fahne“, warum verbietet man keine Rechtsorgane, schon auf Grund der demagogischen Reden des Volksverrätters Hergt? Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten, die, solange die Welt besteht, noch nie ohne Ausnahmegeetze gemeistert wurden. Deshalb sollte die Reichsregierung aus der Geschichte lernen und handeln, bevor Blut vergossen ist, bevor es vielleicht zu spät ist.

#### Zusammenstöße in Sachsen und Bayern.

Leipzig, 24. September.

Anlässlich einer Fahnenweihe des Stahlhelmbundes kam es in Wiederitzsch, hart an der preussischen Grenze, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Stahlhelmlenten und Angehörigen der roten Hundertschaften. Die Polizei hatte den Stahlhelmlenten eine Feier in geschlossenem Raum gestattet, sie wollten jedoch nach Bodelwitz marschieren, dabei kam es zu den erwähnten Zusammenstößen, die sich in die späten Nachmittagsstunden fortsetzten. Von Leipzig wurde Landespolizei und Sanitätspersonal nach Wiederitzsch gesandt. — Auch auf preussischem Gebiet kam es zu Zusammenstößen. Im Kreis-krankenhaus St. Jakob wurden elf Schwerverletzte eingeliefert, davon sind drei lebensgefährlich verletzt. Nach einem unbefriedigenden Gerichtsverfahren sollen zwei Stahlhelmlente ihren Verletzungen erliegen sein.

SPD. Dresden, 24. September.

Am Montag ist bei einem Zusammenstoß der Polizei mit einem Trupp radikaler Erwerbsloser der als Führer dieser Gruppe mehrfach hervorgetretene Arbeiter Roennecke durch einen Schuß getötet worden. Dieser Schuß kam aus der Menge und galt dem Polizisten, der Roennecke verhaften wollte und ihn an der Brust gefaßt hatte. Die Kugel durchbohrte die Hand des Polizeibeamten und ging dem Roennecke durch die Brust, der kurz darauf starb.

München, 23. September.

Gestern abend ist es beim Scharlachbahnhof und am Marienhilfsplatz zwischen Mitgliedern des Bundes Oberland und den Angehörigen der linken Parteien zu Zusammenstößen gekommen, wobei auch geschossen wurde. Ein unbeteiligter Mann wurde schwer verletzt. Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

# Richtlinien des ADB.

Der geschäftsführende Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat nach eingehender Erörterung zur augenblicklichen Lage in folgenden Richtlinien Stellung genommen:

„Angeichts der katastrophalen Finanzlage hat das Reich die vierteljährliche Vorauszahlung der Beamtengehälter vorübergehend aufgehoben. Der hierdurch bewirkten wirtschaftlichen Verschlechterung der Beamtenschaft konnte der Allgemeine Deutsche Beamtenbund vom gewerkschaftlichen Standpunkt nicht zustimmen. Dem finanziellen Unvermögen des Reiches kann jedoch mit Protesten allein nicht begegnet werden, deshalb hat der ADB. schon seit jeher das Hauptgewicht seiner Arbeit auf scharfe Heranziehung der Sachwerte zu den Reichslasten und auf eine rationelle Wirtschaftspolitik gelegt. Wenn die jetzige Reichsregierung endlich den Weg in dieser Richtung zu beschreiten beginnt, so müßte ihr in diesem Bestreben die energischste Unterstützung aller Gewerkschaften zuteil werden. Der ADB. muß es daher, unbeschadet seiner grundsätzlichen Stellung zur Frage des Berufsbeamtenentums beurteilen, wenn von gewisser Seite die vorhandenen berechtigten Beanrühigungen der Beamtenenschaft durch Ausstreuung falscher Nachrichten künstlich gesteigert wird. Die auf Verlangen der im ADB. organisierten Beamtenenschaft jetzt eingeführte viermal im Monat vorgenommene Anpassung der Beamtenbezüge an die Geldbewertung und die dadurch bedingte viermalige Nachzahlung der Erhöhungsbeträge hat mit dem „Abbau des Berufsbeamtenentums“ nichts zu tun. Es ist daher nichts anderes, als Demagogie, wenn man die Beamtenenschaft in diesem Zusammenhang mit dem Schlagwort zu verwirren sucht, sie würden wie die Arbeiter, auf „Lohnlohn“ gestellt.“

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund verlangt von der Regierung, daß sie den ungeheuren Preissteigerungen durch rasche und vollkommene Anpassung der Beamtenbezüge und durch sofortige Auszahlung der entsprechenden Beträge mehr als bisher Rechnung trägt.

Auch in der Frage des Beamtenabbaus kann nicht das Herbeiführen von Verwirrung, sondern nur die klare und nüchterne Erkenntnis der Sachlage und festes Zusammenstehen in unbedingter gewerkschaftlicher Disziplin einen Schutz vor drohenden Gefahren bieten. Den Entwurf eines Beamtenabbaugesetzes in der beabsichtigten Fassung lehnt der ADB. ab. Er verlangt, daß die Sanierung der Staatsfinanzen von der Ausgabe Seite her, soweit davon das Personal betroffen wird, nicht einseitig durch Maßnahmen versucht wird, die die höhere Bürokratie zu ihren Gunsten in Vorschlag gebracht hat, sondern daß das ganze Problem mit den gewerkschaftlichen Vertretungen der Beamtenenschaft einer Lösung zugeführt wird, die unter voller Wahrung der verfassungsmäßigen Beamtenrechte den etwa von einer Verminderung des Beamtenkörpers betroffenen ausreichenden Schutz vor den sozialen Folgen des Berufswechsels bietet. Zu diesem Zweck ist vor allem erforderlich, daß endlich durch Berücksichtigung eines der Forderungen der Beamtenenschaft entsprechenden Beamtenabbaugesetzes die gesetzliche Handhabe zur Mitwirkung und zum Schutze der Beamtenenschaft geschaffen wird.

Die Beamtenenschaft, die mit dem Staat lebt und mit ihm untergeht, wird sich jedem Versuch, über ihren Kopf hinweg sogenannte Sanierungsmaßnahmen lediglich zu ihren Ungunsten zu treffen, mit allen Mitteln widersetzen.“

Der „General-Anzeiger“ hat sich in geistige Unkosten gestürzt. Seine oberste Lesart läßt ihr Licht strahlen, um beim Beamtenum wieder ein bißchen gut Wetter zu machen. Zu hunderten haben nämlich die Beamten den „General-Anzeiger“ abbestellt; aus Empörung über die Maßnahme über die tiefenstehenden Beamtengehälter, die der Lübeder Bevölkerung von der alten Lante marxistischer Vorgehensweise war. Und da die Beamtenenschaft bisher ein Hauptkamm der General-Anzeiger-Leser ausmachte (nicht Fisch und nicht Fleisch zu sein liegt den Beamten aus der Vorkriegszeit im Blute), so überfiel den alten Coleman kein schlechter Schrecken. Doch und wehmütig mußte die Redaktion Abbitte leisten. Und machte die Sache dadurch nur noch lächerlicher und fauler.

Denn wem kann gebietet sein mit einer Zeitung, dessen Politik von Abonnentenfang diktiert ist? Auch die Beamten brauchen eine feste und selbstbewußte politische Meinung! Die Zukunft wird ihnen diese Wahrheit mit unerbittlicher Strenge einhämmern.

# Die Devisen dem Staat!

Nach Mitteilung des Landesfinanzamtes Leipzig ging man in den letzten Wochen in Leipzig dem wilden Handel mit Devisen und Noten tatkraftig zu Leibe; dabei konnten ausländische Zahlungsmittel im Werte von mehr als einhundert Milliarden Mark beschlagnahmt werden.

In Leipziger großen Hotels wurden bei Angehörigen Devisen und Noten in Höhe von 150 Milliarden Mark beschlagnahmt. In einem Bankgeschäft führten die Ermittlungen zur Aufdeckung großangelegter Erwerbsverhältnisse und unregelmäßiger Devisen-Geschäfte.

# Russisch-kommunistische Waffenlager in Berlin.

Berlin, 25. September.  
Dem Bericht zufolge hat die Berliner politische Polizei Entdeckungen gemacht, die geeignet sind, das größte Räuberzue zu erragen und jedenfalls den ungeheuren Betrag der innerpolitischen Lage klar erkennen lassen. Es wurden nämlich in Berlin nach einander zwei Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt, die, wie sich im Verlauf der Ermittlungen herausstellte, für Zwecke des Bürgerkrieges in Deutschland von ähnlichen Organen der Berliner russischen Vertretung errichtet worden waren. Der Jahrmittelnehmer Friede in Russland, der im Auftrag des russischen Militärs in der russischen Botchaft Petzoff ein dieser Waffenlager stülte, wurde verhaftet. Die beschlagnahmten Waffen waren bei einer Berliner Waffenfirma mit 1000 Dollar von Petzoff selbst bezahlt worden. Es handelt sich bei dem beschlagnahmten Depot um 5 Riflen, die n. a. 13 Leichte Maschinengewehre enthielten. In einem anderen Waffenlager wurden 5 Riflen beschlagnahmt, die einen Wägenwetter, einen sogenannten Prieserwetter, und 600 Kalligarte und Trommeln für Maschinengewehre enthielten. In dem zweiten Waffenlager befand sich auch eine kleine Druckereianstalt mit Material von Wert. Der RPD. Berlin-Brandenburg. Außer der erwähnten wurden bisher drei Verhaftungen vorgenommen wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze der Republik bezw. die Straßensicherungsmaßnahmen, und zwar die

des Otto Gädike, sowie des Fuhrmanns Kiemchen nebst Sohn. Letzterer ist in der kommunistischen Jugend aktiv tätig gewesen, und es schwebte bis vor kurzem gegen ihn ein Verfahren wegen des Verdachtes, daß er der Führer einer roten Hundertschaft sei. Auch ein anderer Mittäter, der flüchtige Friedrich ist ein Berliner Kommunist. Gegen den Hauptschuldigen an diesen Verbrechen zum Bürgerkrieg, den sowjetrussischen Militärrat Petzoff, kann natürlich nichts unternommen werden, es sei denn auf diplomatischem Wege, da er exterritoriales Mitglied der russischen Botschaft ist. Uebrigens soll Petzoff nicht Russe, sondern Franzose sein. — Der Vorwärts bemerkt, daß das Vergehen des Petzoff einen ungeheuerlichen Mißbrauch des Rasplowertages bedeutet, den sich die Reichsregierung auf keinen Fall gefallen lassen darf.

# Wieder ein Mordmord.

## Ein ehemaliger Leutnant von Rechtsradikalen ermordet.

Am Donnerstag, dem 5. ds. Mts., wurde in Dalsow bei Döberitz in einem Kesselbruch die Leiche eines 25 Jahre Mannes aufgefunden. Beamte des Berliner Mordbereitschaftsdienstes, die an den Fundort entsandt wurden, stellten aus Briefen und Aufzeichnungen fest, daß politische Motive bei dem Verbrechen mitgespielt haben müssen. Es wurde daher die Abteilung Ia des Berliner Polizeivorstandes mit der Aufklärung betraut. Die Feststellungen haben schon ergeben, daß es sich um einen Leutnant der Reserve S. n. d. handelt, der durch zwei Schüsse in den Kopf getötet worden ist. Sand hatte Verbindungen mit rechtsradikalen Verbänden, deren Zusammenkünfte aufgesucht und die Kenntnisse über deren Treiben, die er auf diese Weise machte, anderen Stellen verraten. Es wird angenommen, daß Mitglieder dieser Kreise seines Verrats wegen ihn umgebracht haben. Auf die Ergreifung der Täter hat die Staatsanwaltschaft 3 eine Belohnung von 50 Millionen Mark ausgesetzt.

# Der böllische Lubendorf.

## Seine Kampferbände drohen.

Lubendorf läßt loben in einem Interview bekanntgeben, daß er ohne Einschränkung auf dem Boden der Rundgebung der vaterländischen Kampferbände stehe und daß er von jeher mit dem Ziel dieser Verbände vollständig übereinstimme. Das ist ein klares und eindeutiges Bekenntnis Lubendorfs zum extremen Nationalsozialismus Hitlers, dessen wirre politische Phantasie allgemein bekannt ist. Das Interessante ist nun, daß die Lubendorfschen Kampferbände unter dem 21. September in einem ultimativen Schreiben an den Ministerpräsidenten Kallies offen den Rücktritt des Ministers des Innern, Schwenker, verlangen. In diesem Schreiben heißt es:

„Nehet kurz oder lang werden sowohl unsere Kampferbände und die heilige Polizei, wie überhaupt alle vaterländischen Genossen genötigt sein, die mittlerweile zu starken militärischen Organisationen ausgehenden marxistischen Verbände mit den Waffen in der Hand niederzukämpfen. Wir müssen deshalb von der bayrischen Staatsregierung, vor allem aber vom Minister des Innern, in besserer Hand die Exekutive fesseln, verlangen, daß sie sofort und rückwärtslos gegen die marxistischen Organisationen vorgeht. Wir wärsen aber hierbei zugleich zum Ausdruck bringen, daß die bisherige Einstellung des derzeitigen Innenministers uns keine Gewähr dafür bietet, daß derselbe sich der Gefahr bewußt ist, die durch die Rundgebung der marxistischen Kampferbände entsteht, und daß er gewillt ist, die nationalen und vaterländischen Organisationen in dem Kampfe gegen den Marxismus zu unterstützen. Wir leben deshalb uns genötigt zu erklären, daß wir zu dem derzeitigen Minister des Innern kein Vertrauen haben und daß wir zum Schutze unserer Angehörigen in Zukunft zur Selbsthilfe greifen werden. Eure Ergebenheit bitten wir, diese unsere Auffassung im Ministeramt zur Kenntnis bringen zu wollen, daß wir in jeder Weise bereit sind, eure Ergebenheit in dem schweren Amt in der heutigen Zeit zu unterstützen, daß das aber nur möglich ist, wenn der Inhaber der heiligen Exekutive unter unbedingtem Vertrauen steht und gewillt ist, reflexlos und vertrauensvoll mit der politischen und vaterländischen Bewegung zusammenzuarbeiten.“

Es ist nicht das erste Mal, daß die Nationalaktiven Forderungen an die bayrische Regierung stellen. Allerdings haben sie noch nie eine derartige anmaßende Sprache geführt. Man verheißt, daß Herr von Kallies nicht daran denkt, die Herrschaften einer Antwort zu würdigen. Aber es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser Druck von außen weitgehende Erörterungen der maßgebenden politischen Instanzen in Bayern hervorrufen wird.



# „Das lassen Sie unsere Gorge sein!“

In dem genannten Interview hat Lubendorf wörtlich folgende Erklärung abgegeben, die vor der deutschen Öffentlichkeit festgehalten zu werden verdient, und die beweist, wie leichtfertig der hohe Herrscher sich mit der Zukunft abfindet: „Ich habe“, so erklärt Lubendorf, „ohne Einschränkung auf dem Boden der Rundgebung der vaterländischen Kampferbände Bayerns vom 1. und 2. September in Nürnberg. Die hier niedergelegten Forderungen decken sich mit den meinigen, ich stelle diese Über einstimmung der Ansichten in Weg und Ziel ausdrücklich fest. Was dann weiter kommt, das lassen Sie Sorge der Männer sein, die entschlossen sind, die vaterländische Freiheit zum Siege zu führen.“ So hat er es im Kriege gehalten, so hält er es jetzt. Erst der Sieg, dann wird sich alles finden! Als aber der Sieg nicht fand und der Krieg verloren war, ließ er es nicht mehr eine Sorge sein, sondern überwältigte die Sorge auf andere und ging selbst nach Schweben. Jetzt aber sollen die andern es „seiner Sorge“ sein lassen! Wenn nur dem General nicht wieder ein Nervenzusammenbruch bevorsteht, wie Anno 18.

# Schredensherrschaft in München.

München, 24. Sept. (Fig. Drahtber.)  
Vor einigen Wochen wurden von den Kommunisten unter der Führung des Reiches-Kraftwerkes proletarische Hundertschaften ins Leben gerufen. Sie boten den Münchener Nationalaktiven die ersuchte Gelegenheit, in Kassel Ordnung zu schaffen. Am 17. d. Mts. wurden zwei Bataillone des dem Kampfbund angehörenden Korps „Oberland“ mobil gemacht. Andere Organisationen, darunter die Organisation „Wermolt“ sollten ebenfalls bei der „inneren Reinigung“ mitwirken. Im Oberland war eine Anordnung ergangen, an Aushebungsbereitschaften mitzunehmen: Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Munition, Handfeuerwaffen, Gummiknüppel und Schlagringe. Führer der geplanten Strafexpedition, die die Reise in einem Sonderzug der privaten Verladungs machen sollte, waren Oberleutnant Weber, Hauptmann Müller und Hauptmann Seiden. Als nun am Sonntagabend die bewaffneten Verbände am Verladungsplatz in München den Einsatz befehlen wollten, wurde ihnen vom Bahnpersonal erklärt, daß der Zug nicht gefahren werde. Einmütig legten die Eisenbahner den Transport ab. Sie haben durch ihr entschlossenes Eingreifen zweifellos die gemeingefährlichen Absichten dieser vaterländischen Sondereinheit vereitelt. Um nun ihren Tatendrang dennoch zu stillen, zog die Oberlandler in einzelnen Trupps durch die

südlichen Stadtteile Münchens, die in der Hauptsache von Arbeitern bewohnt sind und übten mit ihren Waffen ein wahres Schredensregiment aus. Nach einer Darstellung der „Münchener Post“ wurden ganze Straßenzüge abgesperrt und blindlings aus Karabinern und Pistolen geschossen. Die Straßenzüge mußten den Verkehr einstellen. Die Anwohner der belagerten Straßenzüge wurden aufgefordert, die Fenster zu schließen. Dieser Aufforderung folgten sofort Schüsse. Zahlreiche Einschläge an den Hausmauern zeigen, daß es sich nicht etwa lediglich um Schreckschüsse handelte. Der gesamten Einwohnerzahl des belagerten Stadtteiles hatte sich begehrigerweise eine ungeheure Aufregung breitgemacht. Die in dem Bezirk stationierte Schutzmannschaft war zum Eingreifen zu schwach, sie mußte sich teilweise selbst in Sicherheit bringen. Die Oberlandler drangen in Häuser ein, schossen blindlings in den Höfen herum, besetzten Hauseingänge und Pächter und richteten an verschiedenen Punkten waffenstehende Stützpunkte ein. Die Schießerei dauerte bis gegen Mitternacht. Sie wurde erst eingestellt, als eine Hundertschaft Landespolizei und die Hauptmacht der Schutzmannschaft in Lastwagen erschienen war. Und nun geschah das Unglaubliche, daß anstatt die schwer belagerte Bevölkerung von den bewaffneten Aufständern zu befreien, die von ihr zu Hilfe gerufenen Polizei in Gemeinschaft mit den bewaffneten Verbänden gegen die Bevölkerung vorging. Die Gastwirtschaften, in denen die Arbeiter verkehrten, wurden umstellt, die Gäste einer Leibesvisitation unterzogen, ebenso die Straßenzüge. Der am Montag erschienene Polizeibericht spricht lebhaft von „nächtlichen Zusammenstößen zwischen einer Abteilung Oberland und linksgerichteten Personen, was zu einer lebhaften Schießerei führte, wobei ein Mann verletzt wurde.“

# Reisenbergsammlung der Münchener Sozialdemokratie.

München, 22. September.  
Der Sozialdemokratische Verein München hielt gestern im „Zirkus Krone“ eine öffentliche Versammlung ab, die bereits eine Stunde vor Beginn überfüllt war, so daß drei Parallelversammlungen abgehalten werden mußten. Der Zirkus Krone faßt weit über 10 000 Menschen. Red. d. M.) Landtagsabgeordneter Auer sprach über das Thema: „Kann ein Bürgerkrieg Deutschland retten?“ Er wies darauf hin, daß die nächsten Tage schwerwiegende Entscheidungen bringen würden. Die Art, wie den Bayern Kostrennung vom Reich propagiert werde, verursache große Begehrnisse. Auf Bezugnahme auf die jüngsten Vorgänge in Nürnberg, Hof, Neuburg und Rosenheim (Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Sozialisten) erklärte der Redner, daß Bayern allmählich aufhöre, ein Rechtsstaat für alle Staatsbürger zu sein. Die Gefährlichkeit der nationalsozialistischen Kampferbände könne nur teilweise beleuchtet werden, da aus dem überreichen Material aus außenpolitischen Gründen nur ein Bruchteil bekanntgegeben werden könne. Die große nationale Aufgabe der Arbeiterchaft sei, über den drohenden Zusammenbruch hinweg die nationale Einheit zu retten. Nicht Moskau, nicht schmarzweiches Traumbild, nicht weißblaue Inseln — zur politischen Berrunnt müsse ernstlich gemahnt werden!

München, 22. September.

Ministerpräsident Knilling begibt sich am Montag nach Berlin, um an der vom Kanzler für Dienstag zusammenberufenen Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder teilzunehmen, die sich mit der Weim- und Ruhrfrage befassen soll. Die bayrische Regierung hat sich in dieser Frage zwar noch nicht konkret festgelegt, doch verlautet offiziös, daß Knilling in außenpolitischen Dingen sich hinter Stresemann stellt in der Voraussetzung, daß die Liquidation des Ruhrkonflikts „nicht die Preisgabe der deutschen Ehre“ bedeutet.

# Spaltung in der Volkspartei.

München, 24. September.  
In der „Deutschen Volkspartei“ des Reichstagswahlkreises Franken wurde eine Sezession vollzogen. Eine Reihe von Ortsvereinen hatte für den gestrigen Sonntag 47 Vertreter nach Bamberg entsandt, wo nach einem Referat des Erlanger Universitätsprofessors Dr. Lent beschlossen wurde, aus der „Deutschen Volkspartei“ vorläufig auszutreten und die Organisation unter dem alten Namen „Nationalliberale Landespartei Bayern“ aufrecht zu erhalten. Professor Lent, der seit Jahr und Tag eine sehr rechts gerichtete Politik betreibt, wurde zum ersten Vorsitzenden der neuen Partei gewählt.

# Aus der deutschvölkischen Werkstat.

Bereinigung „Tatbereitschaft“.  
Zum Verbot der Königsberger Vereinigung „Tatbereitschaft“ und dem mit ihr in Verbindung stehenden Wanderverschützenverein für Ostpreußen wird bekannt: Nach den von der Königsberger Polizeibehörde getroffenen Ermittlungen war die von dem Landwirt Erich Erdmann in Königsberg gegründete und geleitete „Tatbereitschaft“ eine Vereinigung junger Leute, deren Aufgabe vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte. Bei der Aufnahme neuer Mitglieder wurde der Versammlungsraum durch ausgestellte Posten vor dem Zutritt Unbefugener geschützt. Bei der Vereinigung mußte das neu aufzunehmende Mitglied sich verpflichten, den Anordnungen der „Tatbereitschaft“ durch Einsatz seines Lebens und seiner Person, ohne Rücksicht auf seine Familie, Vermögen, Hab und Gut Folge zu leisten und gehorame Verschwörung geloben, auch mußte er erklären, sich der Folgen bewusst zu sein, die ihn bei einem Verrat zu treffen hätten. Aus den beschlagnahmten Papieren ergibt sich ferner, daß die Vereinigung die Bestrebung verfolgte, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches und Preußens zu untergraben und an deren Stelle die deutsch-völkisch-nationale Militärdiktatur zu setzen. Die „Tatbereitschaft“ verfügte auch über Waffen. Unterricht am Gewehr und Maschinengewehr fand in den Privatwohnungen der Mitglieder, Wohnungen in Grifflin, Laden, Anschlägen und Zielen mit Gewehren auf den Schießständen der Fribner Forst statt. Auch wurden Waffen, darunter ein schweres Maschinengewehr, bei den Mitgliedern vorgefunden und beschlagnahmt. Der mit dieser Vereinigung in Verbindung stehende „Wander- und Schützenverein“ verfolgte nach dem Ergebnis der Ermittlung die gleichen Ziele, insbesondere die waffentechnische Ausbildung seiner Mitglieder.

Am Mittwoch wird die Reichsregierung über das Ergebnis ihrer Besprechungen dem auswärtigen Ausschuss des Reichstages Bericht erstatten. Da sich an den Bericht des Reichskanzlers eine längere Debatte anschließen dürfte, beschloß der Aelterenrat des Reichstages, das Parlament erst für Donnerstag einzuberufen. Dieser Beschluß ist insofern zweckmäßig, als der Reichstag durch die Besprechungen des auswärtigen Ausschusses, zu der die Parteiführer allgemein verpflichtet sind, an einer sachlichen Debatte verhindert wäre.

# Positive Aufgaben.

Arbeiter und Regierung.

Morgen tritt der Reichstag wieder zusammen und heute versammelt sich die sozialdemokratische Fraktion zu ihrer ersten Sitzung nach den Ferien. Entschlüsse von weittragender Bedeutung sind zu fassen.

In der auswärtigen Politik ist die

## Beendigung des Ruhrkonflikts zur Notwendigkeit

geworden. Es wäre sinnlos, zu verschweigen, daß der passive Widerstand als Waffe gegen die fremde Gewalt Herrschaft zu erlangen an Kraft verliert, daß die finanzielle Last, die dem Reich durch diesen Kampf auferlegt wird, auf die Dauer nicht mehr getragen werden kann und daß der Konflikt infolge dessen zu einer diplomatischen Lösung drängt, bei der Frankreich als der stärkere Teil in Erscheinung treten wird. Die Frage ist nur noch — und trotz dieses „nur“ ist das eine Frage von entscheidender Bedeutung —, inwieweit es der Geschicklichkeit der deutschen Regierung, der Einsicht eines Teils der französischen Volksmeinung, dem maßgebenden Einfluß der Alliierten Frankreichs gelingen wird, sich Geltung zu verschaffen und eine Lösung herbeizuführen, die zu einer wirklichen Entspannung der Lage und zu einer wirtschaftlichen Erholung führt.

Was immer der Ausgang sein möge, so war der passive Widerstand zweifellos doch eine psychologische und politische Notwendigkeit. Weder hätte sich die arbeitende Bevölkerung der besetzten Gebiete zu einer willen- und widerstandslosen Unterwerfung unter die Herrschaft der Bajonette hergegeben, noch hätte die Welt eine solche kampflose Unterwerfung verstanden. Sie hat es desto besser verstanden, daß sich Bergarbeiter und Eisenbahner, Angestellte und Beamte zur Wehr setzten und die ganze internationale Arbeiterbewegung hat diesem heroischen Kampf gehuldet. Durch ihn hat die deutsche Arbeiterklasse die Achtung der Welt, hat das deutsche Volk als Ganzes viel Sympathie im Ausland gewonnen. Hätten wir von Anfang des Konflikts an eine Regierung gehabt, die diese Faktoren auszunutzen verstand, die dem Kampf elastischere Formen gab und durch eine kräftige Finanzpolitik dem drohenden Währungsverfall einen starken Hemmschuh anlegte, dann wäre eine raschere und günstigere Beendigung zu erwarten gewesen.

Es hat wenig Zweck, über die Fehler der sozialistischen und Cuno-Regierung noch ausführlich zu reden, sie werden heute allgemein auch von den bürgerlichen Parteien zugegeben. Die gegenwärtige Regierung, in der die Sozialdemokratie wieder vertreten ist, hat eine schwere Erbschaft übernommen — sie muß sie liquidieren!

Es ist kein Wunder, daß angeichts der wirtschaftlichen Zerrüttung und der bitteren Not der arbeitenden Massen Stimmen laut werden, die diese Aufgabe als überhaupt hoffnungslos ansehen und einen Austritt unserer Partei aus der Regierung isolieren verlangen. Ruhige Überlegung zeigt jedoch, daß sich die Partei nicht mit Ruhm beehren würde, wenn sie auf solche Weise die kaum aufgenommene Linke wieder ins Korn werfen und sich seitwärts in die Büsche schlagen wollte. Die Arbeiterklasse wünscht die Lösung des Ruhrkonflikts, sie wünscht die Erhaltung der Republik, die durch die auswärtige Krise schwer bedroht ist, und es liegt im Sinne dieser Wünsche, wenn die Partei auf dem schwierigen Posten, den sie bezogen hat, ausfällt und alles tut, was in ihren Kräften steht, um die Dinge zu einem guten Ende zu führen.

Nicht minder gewaltig sind die Aufgaben, die auf dem Gebiet der inneren Politik zu lösen sind. Hier steht die Währungsreform im Vordergrund des Interesses. Unter der Leitung eines sozialdemokratischen Reichsfinanzministers ist dieses unendlich schwierige Werk in Angriff genommen worden. Er kann jetzt nicht im Stich gelassen werden, ohne daß die Abdankung, der Austritt aus der Regierung einer Bankrotterklärung der Partei gleichzusetzen wäre. Zu einer solchen Bankrotterklärung liegt aber um so weniger ein Anlaß vor, als niemand unter uns glauben wird, daß bei einer Währungsreform die Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger von einer rein bürgerlichen Regierung und einem bürgerlichen Finanzminister besser gewahrt werden würden, als von einer sozialdemokratisch durchgeführten und von einem sozialdemokratischen Finanzminister. Begreiflich, allzu begreiflich ist die Ungebuld, mit der die Massen die Rückkehr zu stabileren Wirtschaftsverhältnissen herbeisehnen, begreiflich, allzu begreiflich ist die Verzweiflung, die in den Arbeiterhäusern mit zu Tisch ist und Raschläge eingibt, die stimmungsgemäß eine Entlastung, fastlich aber nur eine Vermehrung des Elends bedeuten. Aber wiederum wird sich solchen Stimmungen gegenüber die ruhige Überlegung sagen müssen, daß die Partei nicht mit einer Gewerbe der Hoffnungslosigkeit aus den Händen lassen kann, was

sie einmal angepackt hat. Nein, es heißt, weiter zupacken und auf seinen Stern vertrauen!

Es ist hier die Frage aufgeworfen worden, ob die dringenden Fragen der äußeren und inneren Politik durch eine bürgerliche Regierung — etwa eine Neuaufgabe der Cuno-Regierung oder eine noch weiter rechts gerichtete — besser gelöst werden könnten. Sie aufzuwerfen, heißt sie zugleich verneinen! Aber wo ist überhaupt die deutsche Reichsregierung, die als Nachfolgerin der gegenwärtigen in Betracht käme? Die Auflösung der gegenwärtigen Regierung in diesem Augenblick würde einen Zustand der Verwirrung schaffen, in dem weder eine diplomatische Beendigung des Ruhrkonflikts, noch eine Währungsreform möglich wäre. Der Bestand des Reiches selbst wäre in Frage gestellt. Und in dem Chaos, das dann ausbräche, würde die Arbeiterschaft nichts zu erben haben, als neue entsetzliche Opfer und vermehrtes Elend. Von einem Zustand der Anarchie hat niemand etwas Gutes zu erwarten, als die am besten bewaffneten Fäuste und die härtesten, die skrupellosesten kapitalistischen Haifische.

Wenn wir also sagen, daß der Bestand der gegenwärtigen Regierung bis auf weiteres eine Notwendigkeit ist, so sagen wir das nicht nur den Parteigenossen, die anderer Meinung sind, sondern auch den bürgerlichen Parteien. Es geht nicht an, daß die Dinge auf den Kopf gestellt werden, indem man von erreichten und überschrittenen Friedenslinien der Arbeiter spricht, während jede mühsam errungene Aufbesserung durch den Marktsturz des nächsten Tages wieder mehr als weggemacht wird. Es geht nicht an, daß der Achtstundentag angetastet und einer unterernährten Arbeiterschaft die Gefahr der Unterarbeit nahegerückt wird. Es geht nicht an, daß Unternehmer ohne alleräußerste Not der Parole der Produktionssteigerung Hohn antun, indem sie Kurzarbeit einführen oder ihre Betriebe schließen. Wenn die Arbeiterschaft durch ihre Vertreter im Reichstag und der Regierung ihr Verantwortungsgefühl gegenüber der Volksgemeinschaft betätigt, so kann von der anderen Seite mit Zug und Recht daselbe gefordert werden. Und wenn die Besitzenden nicht erkennen, daß nur durch schwere Opfer der Ausbruch des Chaos verhütet werden kann, so tragen sie für seinen Ausbruch die Verantwortung!

Der Sozialdemokratischen Partei fällt es also durchaus nicht ein, auf das, was sie für notwendig hält, zu verzichten. Sie wird es im Gegenteil auf jede Konsequenz hin vertreten. Sie wird sich nicht zu einem Anhängel der bürgerlichen Parteien degradieren aus Angst vor dem, was kommen könnte, wenn die gegenwärtige Regierung aufhören müßte, die Geschäfte des Reiches weiterzuführen. Aber in einem Konflikt von unabsehbaren Folgen kann sie sich auch nicht einlassen, ohne daß die Kampfpositionen scharf abgegrenzt und die Verantwortungen klar verteilt sind. Ohne äußerste Not einen solchen Konflikt zu eröffnen, wäre ein Verbrechen am deutschen Volk, nicht zuletzt an der deutschen Arbeiterklasse. Und da gebietet die Gerechtigkeit zu sagen, daß ein derartiger Konflikt in der gegenwärtigen Regierung nicht — auch nicht einmal in seinen Anfängen — zu erkennen ist. Man nenne eine Forderung, die notwendig, zweckmäßig und erfüllbar ist, deren Anerkennung aber von den bürgerlichen Teilhabern an der Regierung grundsätzlich verweigert wird, eine Forderung von solcher Bedeutung, von solcher Notwendigkeit, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Unterstützung ihren Austritt aus der Regierung rechtfertigen könnte! Erst wenn über eine solche Forderung Einigkeit in der Partei erzielt und es klar geworden ist, daß sich die bürgerlichen Parteien ihrer Erfüllung widersetzen, erst dann wird sich die Sozialdemokratie der Mitverantwortung entziehen können, ohne sich mit noch schwererer Verantwortung zu belasten.

Aus der Zeit des Obrigkeitstaates haben wir den Ruf: „Fort mit diesem oder jenem!“ übernommen. Fort mit diesem Mann! Fort mit dieser Regierung! Fort mit diesem System! Aber in der Zeit der Demokratie sind wir auch mitverantwortlich für das, was danach kommt. Statt „fort mit...“ wäre es besser, heutzutage, „her mit...“ zu rufen. Aber freilich muß dieser Ruf dann auch Sinn und Verstand haben, er darf nicht lauten: „Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!“ „Her mit der Regierung des Mondes!“ — wie bei den Kommunisten.

Angeichts der gegebenen Machtverhältnisse ist die gegenwärtige deutsche Reichsregierung in diesem Augenblick und für die nächste absehbare Zukunft die einzige politische Möglichkeit. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, in ihr die Interessen der breiten schaffenden und unendlich schwer leidenden Volksmassen tatkräftig zu vertreten, den Knäuel der auswärtigen Politik zu entwirren, die Republik und ihre Einheit zu erhalten, die Staatswirtschaft zur Gesundung zu führen und damit die Vorbedingungen zu schaffen, auf deren Grundlage wieder ein besseres Dasein und der Aufstieg zu höheren Formen menschlicher Gemeinschaft möglich sein wird. Aus dem Trümmerhaufen des Weltkrieges kann der Tempel des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus nicht an einem Tage gebaut werden. Das

ist nur in zäher Pionierarbeit zu erreichen. Kraft und Entschlossenheit ist dazu notwendig, aber auch klare Einsicht in gegebene Möglichkeiten und — was am schwersten aufzubringen ist — trohaldem: auch Geduld!

## Eisners Vorbereitung der Revolution.

SPD. München, 22. Sept. (Drugsbericht.)

Auffehen erregte die Mitteilung im Juli d. J. in der „Augenburger Postzeitung“, daß Eisner im Sommer und Herbst 1918 mehrere Millionen Goldmark erhalten hätte, die er zur Vorbereitung der Revolution verwendet habe, und daß auch andere Minister jener Zeit von diesen Geldsummen und Geldausgaben gewußt haben. Mit der letzteren Behauptung sollten, wie offensichtlich wurde, im wesentlichen die sozialdemokratischen Minister der Revolutionären Regierung in Berlin getroffen werden. Da in der Mitteilung offen davon die Rede war, daß die Unterlagen für die Behauptung in dem Archiv der Regierung vorhanden seien, forderte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion des bayerischen Landtages Aufklärung von der Regierung. In der nun nach sieben Wochen erteilten Antwort stellt das Ministerium des Reichs fest, daß sich in den Akten des Ministeriums aus der Zeit Eisners unter anderem eine Zusammenstellung befindet über 3100 in der Zeit vom 25. September bis 16. November 1918 ausgezahlten Schecks in Höhe von 164 727 028 Mark. Diese Zusammenstellung findet sich als Anlage zu der Tagesordnung einer Ministerratssitzung vom 18. November 1918. Das Protokoll dieser Sitzung gibt aber keinen Aufschluß über diese Zusammenstellung. Auch sonst geben die Akten des Ministeriums nach dem Ergebnis der bisher gepflogenen Erhebungen keinerlei Aufschluß über die Bedeutung der Zusammenstellung. Die Antwort schließt mit dem lakonischen Satz: „Der Staatsregierung ist über die Angelegenheit zurzeit nichts weiter bekannt.“

Diese Antwort erscheint reichlich dunkel und kann die Anfrage jedenfalls nicht befriedigen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion wird sich deshalb am Mittwoch mit dieser Angelegenheit erneut befassen.

## Vermischte Nachrichten.

**Grubenunglück in Oberschlesien, bisher 28 Tote.** Aus Katowitz meldet Weisk: Auf der einer französisch-russischen Gesellschaft gehörenden Grube in Dombrowa-Gorna, Kreis Benzin, brach am Donnerstagabend im westlichen Teil der Grube in 170 Meter Tiefe ein Brand aus, der noch weiter wütet. Der Katastrophe fielen bisher 28 Berleute zum Opfer. Man rechnet, da noch eine große Anzahl vermisst wird, mit etwa 30 Toten. Die Rettungsaktion konnte infolge des Mangels von Hilfsmitteln erst am Freitag in Angriff genommen werden. Die Ursache des Unglücks ist darin zu suchen, daß arbeitende Berleute eine zugemauerte Schlagwetter angezündet hätten.

**Fliegerunglück.** Die internationale Freiballonwettkampf um den Gordon-Bennett-Preis, deren Start Sonntag in Brüssel stattfand, wurde durch ein schweres Unglück und mehrere weniger ernste Zwischenfälle eingeleitet. Zwei Ballone, die von Spaniern und Schweizern geführt wurden, sind vom Bliz getroffen worden und brennend zur Erde gestürzt. Drei Piloten sind tot, einer ist schwer verletzt. Andere Ballone gerieten durch den starken Wind bei der Abfahrt in Gefahr, doch wurden bei dieser Gelegenheit schlimmere Folgen verhütet.

**Eheschlichtungen und Scheidungen in Sowjetrußland.** Die vor der Revolution in Rußland nur sehr schwer erreichbare Ehescheidung ist von der Sowjetgesetzgebung in allen Teilen Rußlands, auch in den mohammedanischen Gebieten, durchgeführt worden. Anlässlich einer jetzt geplanten Revision dieser Gesetze warnen die „Iswestija“ vor jeder Konzeption an bürgerliche Anschauungen und erinnern rühmend an die erreichte Leichtigkeit der Ehescheidung, die sogar der früher ihrem Mann fast leibeneigenen Bauersfrau ein Zufluchtsmittel geworden sei. Zugleich wird in der Sowjetpresse über die Auswahl der Lebensgefährtin bei den Kommunisten berichtet und mit Befremden festgestellt, daß viele Kommunisten „parteilose“ Mädchen geheiratet haben. Die u. a. von einem Parteigenossen einem Interniererteilung gegebene Antwort, er habe seine Frau aus der Parteilosengruppe gewählt, um durch ihre Befreiung dem Kommunismus eine neue Jüngerin zu gewinnen, wird als „nicht frei von Heuchelei“ bezeichnet.

**Verantwortlich: Südpolitik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber** für Freitag Lübeck und Heilseton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

## Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Jahn.

28. Fortsetzung.

Sein Zusammentreffen mit Gattin und Mutter ließ nicht auf sich warten. Die beiden empfindlichen und standesstolzen Frauen erparten ihn keinen all der Vorwürfe, die er erwartet hatte; aber sein Verhältnis zu ihnen konnte durch dieses Vorwissen kaum noch kühler werden, als es ohnehin schon war.

Ein paar Tage später fand die öffentliche Schwurgerichtsverhandlung gegen Salome Zeller statt.

Da kamen alle diejenigen zusammen, die bisher kaum gewußt hatten, wie nah ihre Schicksale miteinander verknüpft waren. Hans Jakob Pfister war da, das Urbild eines schlichten Wiedermannes und klugen, gütigen Menschen, wie er in schwäbischer Art, den mächtigen kalten Schädel in aufmerksamem Hören vor geneigt, auf der Zunge aber fast, Neben ihm hatte Frau Selma ihren Platz, und sie führte unablässig ihr Taschentuch an die Augen, während ihre Blicke von Heim zu Salome gingen. Seine stand aufrecht neben Luzia, mit welcher er sich öffentlich verprochen hatte. Wer ihn mit Heinrich Hirzel, dem Kaufmann, verglich, der neben Salomes Verteidiger Platz genommen hatte, der wußte, daß er Vater und Sohn vor sich hatte. Es war eine merkwürdige Ähnlichkeit zwischen ihnen, die nicht nur auf die Gesichtszüge sich erstreckte, sondern mehr noch in Haltung und Gebärde lag. Heims schone Züge verbergen seine Gefühle. Er vermied es aber, die Mutter anzusehen, und sprach mit Luzia kein Wort. So mochte ihm wohl die Sache näher gehen als er zeigte. Luzia war verwirrt und fühlte sich unbehaglich. Sie war ein leichtfertiges junges Ding, aber sie liebte Heim wirklich, hatte Angst vor den Zellers und vor Salome und noch mehr vor Heinrich Hirzel. Sie hatte die Empfindung, daß niemand im Saal eben freundlich gegen sie gefühlt sei und daß sie ohne Wollen eine entfernte Schuld an dem trage, was über die Angeklagte herein gebrochen. So war ihr schwül in dem heißen Saal.

Eine schwüle Stimmung lag aber über allen. Es war, als ob hinter ihnen einer stände, der ihnen zuschüttelte: Sieht du das arme, verprügelte Leben, von dem da die Rede ist?

Die alten Zellers besonders sahen wie unter einer Faust gedückt. Auch Johann Paul Brandt stützte den Kopf in die hohle Hand, aber in seinen grauen Augen leuchtete es manchmal. Vielleicht war es eine Hoffnung, vielleicht ein Mitleid, vielleicht nur die leise freundliche Ruhe, daß die Fäden der uralten Verkommenheit sich entwirrt und daß die Schuld Salome Zellers sich keiner und keiner darstellte, je tiefer man in das einbrang, was sie zur Sünde geführt hatte.

Alle Blicke, die der Geschworenen und die der müßigen Zuhörer, suchten immer wieder Salome selbst. Sie sah auf ihrem Stuhl in nächster Nähe des Verteidigers, deshalb auch Heinrich Hirzel nahe genug, und trug ein schwarzes Kleid mit einer schwarzen Halskrause. Das braune Haar war glatt geschüttelt und leuchtete besonders an den Schläfen weiß. Noch hatte die kleine Gestalt volle Formen, aber die Handgelenke trugen die Farbe kranker Tage. Das Gesicht hatte einen harten Zug, der in den Winkeln des Mundes lag, und verriet, daß das Mädchen geizig geworden war mit Worten und mit Liebe.

Die Eltern sah Salome seit ihrer Verhaftung heute zum ersten Male. Sie hatte sich immer noch geweigert, sie zu empfangen. Auch jetzt blühte sie nicht nach ihnen hin, beachtete überhaupt niemand im Saale. Manchmal nur zog sie die Schultern wie in leisem Unbehagen hoch, als ob die Blicke der hinter ihr sitzenden Zuschauer sie kränkten. Sie wußte, daß sie eine Schmach sondergleichen erlebte, unter welcher unglückseligste und um ihre Willen noch andere Menschen litten. Sie erinnerte sich auch, daß sie aus Verhältnissen stammte, denen gemäß eine solche Wendung ihres Geschicks unmöglich hätte erscheinen sollen. Aber so hart hatte das Schicksal im Laufe der Zeit die kleine Salome Zeller geschmerzt, daß sie jetzt wie abgestumpft gegen alles das, was geschah. Ihre einzige Sehnsucht ging jetzt nach Stille, nach Nichtmehrsehnen und Nichtmehrsehen.

Die Verhandlungen nahmen einen raschen Fortgang. Es lag alles klar am Tage und war unendlich einfach.

Plötzlich hörte Salome, daß die ganze Summe, die sie der Bank schuldete, gedeckt worden sei. Das wußte sie, und sie machte eine Bewegung. Ihr Blick fiel auf die zusammengedrängten sitzenden Eltern. Ihr Verteidiger bemerkte es und flüsterte ihr zu, daß Heinrich Hirzel vollen Schadenersatz geleistet. Diesen schaute sie nicht an, aber es war flüchtig eine leise Wärme in ihrem Herzen. Die Bank, so hörte sie ferner, hatte in Anbetracht ihrer tadellosen Führung die Klage zurückgezogen, und es wurde daher ihr Fall nur von Geheiß wegen verhandelt.

Nach einer Weile begann der Staatsanwalt seine Rede, die fast mehr zu einer Verteidigung als einer Anklage wurde. Er zeigte, wie aus den Sprüngen einer Jugend, aus der Tatsache, daß ein Mensch einem vielleicht begrifflichen Wunsch nach Glück nachgegeben habe, ein Netz von Unwahrscheinlichkeiten gesponnen. Er geißelte die Lüge als die Wurzel alles Übels und wies nach, wie unabwendbar Schuld auf Schuld in Salomes Leben habe folgen müssen. Heinrich Hirzel als Vertreter der sorglos genießenden Jugend bekam ein scharfes Wort zu hören; insbesondere aber fiel sein harter Tadel auf Heim, den Sohn, der die Mutter zur Sünde gezwungen und der Hauptschuldige am Orte sei.

Salome hatte lange seine Worte als etwas Fernes, Fremdes über sich hingehen lassen. Nun fand sie plötzlich auf und tat einen Schritt gegen Heim hin, als ob sie das, was gegen ihn ge-

sagt wurde, von ihm abwehren wollte. Noch einmal wurde die Liebe in ihr wach, die ihr ganzes Leben bestimmt hatte. Es war ein Aufflammen eines Feuers, das der Gebrochene noch einmal Kraft und Jugend gab. Das Blut kehrte in ihre gelben Wangen zurück.

„Nicht! Nicht!“ flammte sie, gegen den Staatsanwalt gewendet.

Heim hatte indeß noch immer aufrecht und kühl, als kümmerten ihn Menschen und Dinge nicht, dagestanden. Als er die Worte des Anklägers und seinen Namen hörte, verzog er den Mund, aber niemand hatte aus seinem gleichmäßig ruhigen Gesicht zu lesen vermocht, ob es aus Verlegenheit oder aus Trotz gehehe. Nun fuhr er und sah erköpft auf Salome. Das Mädchen, das neben ihm saß, bedeutete ihm in diesem Augenblick nichts. Es trieb ihn eine seltsame Gewalt, daß er auf die Mutter zugeht und ihre Hand nahm.

„Es ist mir leid“, sagte er mit bebender Stimme. „Es — ich wußte nicht, daß — du es so schwer hattet, mir zu helfen.“

Vielleicht erinnerte das, was er sagte, Salome an die Gegenwart und ihre Last. Das Aufflammen ihrer Kraft war vorbei. Sie ließ Heims Hand fallen, murmelte etwas Unverständliches und lehnte sich wieder.

Auch Heim kehrte an seinen Platz zurück.

Der Verteidiger nahm dann das Wort und hatte keine schwere Aufgabe. Die Geschworenen berieten nicht lange. Ihr Spruch lautete auf eine kurze Gefängnisstrafe, welche durch die Unterzeichnungsbüchse verhängt war.

Salome Zeller war frei.

Sie verstand es anfänglich nicht; der Verteidiger mußte es ihr erklären. Dann kamen Vater und Mutter auf sie zu. Feuer reißte ihr zuerst die Hand, aber er mußte sich abwenden, die Tränen kamen ihm. Da nahm die Mutter Salomes andere Hand, und so standen sie einen Augenblick und sprachen nicht. Weder Wortworte noch Entschuldigungen flogen zwischen ihnen. Die Akten hatten kein anderes Gefühl, als daß es nun eben mit einander zu tragen galt, was geschehen war. Salome aber war ihnen fern wie allen anderen. Die dumpfe Gleichgültigkeit lastete auf ihr, die sie alles nehmen ließ, wie es kommen wollte.

Der Verteidiger rief ihnen, in ein Nebenzimmer zu treten, bis die neugierige Menge sich verlaufen. Das taten sie mechanisch, und da fanden sich alle zusammen, die zu Salomes Leben gehört hatten.

Die Pfisters kamen und grüßten sie mit einem ernsten, würdigen Gruß. „Ich habe lange gesehen, daß Sie ein schweres Leben haben, Junger Zeller“, sagte der alte Bauer und fügte hinzu: „Und es wird Ihnen doch schwer werden — jetzt.“ (Fortsetzung folgt.)

**Ämtlicher Teil**

Für die Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit des Bürgermeisters D. Dr. Neumann und des Senators Schwigt hat Senator Dr. Stook den Vorsitz im Senate übernommen. (6867)

**Das Gesetz- und Verordnungsblatt** der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 69 vom 25. September 1923 enthält: (6868)  
Gebührenordnung für das Verfahren bei Zwangsvollstreckungen im Verwaltungswege auf Grund des Gesetzes vom 20. März 1899. — Bekanntmachung, betreffend Gebührenordnung der Senatskanzlei. — Bekanntmachung über die übliche Strafenordnung. — Fünfter Nachtrag zur Verordnung vom 24. Juni 1922 zur Ausführung des Reichsmietungs-Gesetzes vom 24. März 1922. — Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Mieterschutz und Mietrückzahlungen vom 1. Juni 1923.

**Neuregelung der Fährgebühren.**

(Veröffentlicht am 25. September 1923.)  
Das Fährgehd für sämtliche Fährten, mit Ausnahme der Fährten in Travemünde, wird künftig nach Grundzahlen in Pfennigen berechnet, welche mit einer auf Grund der üblichen Indizes für die gesamte Lebenshaltung ermittelten Mehrgeld veranschlagt sind. Das sich hieraus ergebende Fährgehd wird auf volle fünfzig oder hunderttausend Mark nach unten abgerundet. In dieser Weise wird das Fährgehd allwöchentlich zum Sonntag neu geregelt.  
Die Grundzahlen für eine Person, ein Fahrrad, ein größeres Gepäckstück, eine Schiebkarre, einen Kinderwagen usw. betragen: für die Straßfährten 15 Pfg., für die Einsiedelfährten 20 Pfg., für die Klughafenfährten 20 Pfg., für die Fährten bei Dänischburg 30 Pfg., für die Fährten in Schlarup 30 Pfg., für die Fährten bei Rotherhufen 10 Pfg., für die Fährten bei Absalonshorn 15 Pfg. und für die Fährten bei Rüdgersdorf 10 Pfg.  
Die Grundzahlen für die Wagenfährten bei Rüdgersdorf betragen: für ein leichtes Krastrad, ein Stück Kleinvieh, eine Schiebkarre usw. je 20 Pfg., für ein Stück Großvieh, ein schweres Krastrad, einen Wagn oder eine schotische Karre je 60 Pfg., für ein Einspannerfuhrwerk 10 Pfg., für ein Zweispännerfuhrwerk 20 Pfg., für ein Dreispännerfuhrwerk 30 Pfg. und für einen Kraftwagen 50 Pfg.  
Für Wochenarten ist das Zehnfache des Fährgebeldes für die Einsiedelfahrt und für das nächste Ueberfahren der doppelte Betrag des Fährgebeldes zu entrichten. (6874)  
Lübeck, 24. Sept. 1923. Das Polizeiamt.

**Güterrechtsregister.**

Am 25. September 1923 ist bezüglich der Ehe des Schmieders Erich Carl Conrad Schirring und Martha Catharina Wesne geb. Köpke in Travemünde eingetragen: Durch Ehevertrag vom 19. September 1923 ist die Verwaltung und Nutzung des Mannes am gegenwärtigen und zukünftigen Vermögen der Frau ausgeschlossen worden. (6869) Amtsgesicht Lübeck.

Eine Nachzahlung für September erhalten Sozialrentner mit dem Buchstaben: A, B, C Mittwoch, 26. Sept. vorm. u. 8-11 1/2 Uhr  
D, E, F, G 26. nachm. u. 3-5  
H, J, K Donnerstag, 27. Sept. vorm. u. 8-11 1/2  
L, M, N, O 27. nachm. u. 3-5  
P, Q, R, S Freitag, 28. Sept. vorm. u. 8-11 1/2  
T, U, V 28. nachm. u. 3-5  
W-Z Sonnabend, 29. Sept. vorm. u. 8-11 1/2  
in der Kasse des Wohlfahrtsamtes, Unterstraße 104. (6872) Das Wohlfahrtsamt.

Interessante vom 26. September bis 3. Oktober 1923 auf Abwärts XIII der Straßens 900 Gramm zum Preise von 21 Millionen für 900 Gramm für alle Zuckerarten. Wertsteigerung durch die Kleinhandler bis spätestens zum 5. Oktober 1923. Dem Kommunalver-

**Nichtamtlicher Teil**

**Anni Müller  
Willi Köring**  
Verlobte. (6851)  
Lübeck, Sad. Odestr. 23.  
23. September 1923.

**Karl Menschel  
Hanna Menschel**  
geb. Recks. (6848)  
Vermählte.  
Lübeck, den 23. 9. 23.  
Für erwiesene Aufmerksamkeit und Geschenke danken herzlich  
A. C.

**Heinrich Fick  
Ella Fick, geb. Kähler**  
Vermählte. (6847)  
Für die Glückwünsche und Geschenke danken bestens.  
A. C.

Letzte Frau und Stellung als Haushält. od. Stütze. Ang. unt. C 310 an die Exp. (6857)

Junges Ehepaar sucht 1-2 kleine Zimmer mit Bad. Ang. unt. C 309 an die Exp. (6856)

Sig- und Eisenwaren zu verkaufen. (6854) Köpcke & Söhne 12 a.

Nach jahrelangem ausbleibendem Leiden entschlief sanft im 45. Lebensjahr mein herzender Mann, meiner Kinder treuer sorgender Vater  
**Wilhelm Mett,  
Palingen.**  
Dies benauert und schmerzhaft vermisst von mir, meinen Kindern und allen Angehörigen. (6873)

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 2 Uhr in Travemünde statt.  
**Wilhelmine Mett.**  
Babywägen zu tauschen gesucht gegen Horn. Ofen. unter C 311 an die Exp. (6846)

Fußball geg. Fahrrad-Verleiher zu verkaufen. (6844) Reiferstr. 50.

Gute Lots für Gabel-Lothung. Ang. u. C 308 an die Exp. (6853)

**Sonder-Angebot  
in  
Damen-Hüten**

Damenhüte	la. Velour-Alaska, große Formen, garniert	98
Damenhüte	Filz-Manchon in vielen modernen Farben, garniert	129
Damenhüte	Zylinderplüsch, kleine moderne Formen, garniert	79
Damenhüte	Zylinderplüsch, mittelgroße jugendliche Formen, garniert	125
Damenhüte	Zylinderplüsch, große moderne Formen	149

**Hut-Umarbeitungen** in erstklassiger Ausführung  
bis auf weiteres **zu Selbstkostenpreisen!**

**HOLSTENHAUS**  
Lübeck G. m. b. H.

**Große u. kleine Zingänger**  
zu verkaufen von 6 bis 7 Uhr. (6850)  
Groß-Steinrade 23.

Junge Hähnchen oder Kaninchen gegen Zucker zu tauschen gesucht. Ang. unt. C 313 an die Exp. d. Bl. (6875)

Puppenwagen zu kaufen gesucht. Ang. unt. C 311 an die Exp. d. Bl. (6861)

Handwagen geg. Wasch- tübel zu vertauschen. Hoop, Altengammerstr. 18.

Damenrad mit od. oh. Gummi zu kaufen geg. Ang. mit Preis an die Exp. d. Bl. (6872)

Damenrad mit od. oh. Gummi zu kaufen geg. Ang. mit Preis an die Exp. d. Bl. (6872)

Zu tauschen sch. 2-3-3-Wohn. geg. ar. 2- od. 3-3-Wohn. Ang. u. C 280 a. d. Exp. d. Bl. (6864)

Weiße (200 g) u. gelbe (250 g) Haushaltsschneidwerkzeuge preiswert.  
Vokuhl, Huxstr. 71, l. (6876) 10-3 Uhr.

**Der wahre Wert**

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

**Dirin**

Henkel's bestes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche

**und billiges Waschen**

**Konsum-Berein für Lübeck u. Umgegend e. G. m. b. H.**

**Wichtiger Beschluß!**

Die Vertreterversammlung hat am Sonntag, dem 23. September d. Js. beschlossen:  
Der Geschäftsanteil wird auf 100 Millionen Mark und das Eintrittsgeld auf 10 Millionen Mark erhöht. Alle Mitglieder, die noch voll in Lohn und Arbeit stehen oder sonst dazu in der Lage sind, müssen sofort größere Teilzahlung auf den Geschäftsanteil leisten.  
Ferner erinnern wir daran, daß diese Woche unser Geschäftsjahr endet. Wir ersuchen daher, die Rückvergütungskarten zu ordnen und noch vorhandene Rollmarken und Schecks umzutauschen. Ab 1. Oktober wird nur noch Ware gegen einen befonderen Ausweis, der bei jeder Warenentnahme mitzubringen ist, verabsolgt. Dieser Ausweis wird am 1. Oktober, nachmittags von 3 bis 6 Uhr oder beim ersten Einkauf im neuen Geschäftsjahr nur gegen Abgabe des Mitgliedsbuches und der Rückvergütungskarten ausgehändigt.  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Lübeck  
**Versammlung**  
aller im (6855)  
Selbstschaff. Monteure und Helfer  
am Mittwoch, 26. Sept. abends 7 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
1. Neuwahl der Branchenleitung.  
2. Lohnvertrag.  
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Lübeck  
**Versammlung**  
Anferordentliche Mitglieder-  
am Mittwoch, 26. Sept. abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
1. Bericht von den Bezirksverbänden.  
2. Verschiedenes.  
Die Ortsverwaltung.

**Leder-Hüte  
Sammet-Hüte  
Pelz-Hüte  
Woll-Jacken  
Brautschleier**  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen!  
**D. Schlesinger Nchl.,**  
Breite Straße 49. (6870)

**Weit unter Tagespreis!**  
Kochen Anzüge . . . 350-950 Mk.  
Kochen Schürten . . . 250-950 Mk.  
Kochen Winterjoppen . 250-500 Mk.  
Kochen Dam.-Mäntel 200-700 Mk.  
Kochen Dam.-Kleider 200-380 Mk.  
Kochen Kind.-Mäntel 150-450 Mk.  
Kochen Schloß-Anzüge ganzer Anzug 25 Mk.  
Sämtliche Meterware billig.  
Bemerkung sehr preiswert.

**Kaufhaus Franz Wehrendt,**  
Balauerstr. 35. (6868)

**H. H. H. H.**  
Alle Waren auf Teilzahl.  
H. Schultz Johannistr. Nr. 20. (6858)

**Maulwurf-Reh-** (6840)  
sowie alle and. Sorten Felle  
kaufen höchstzahlend  
**Gebr. Wagner,**  
Tel. 3414  
Dantewartsgrube 26.  
Sollenerstr. 8.

**Beitragsmarken**  
für Vereine, Gewerkschaften  
fertigt an u. liefert prompt, preiswert  
und in jeder Ausführung  
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

**Vereins- u. Vergütungs-Anzeigen**  
**Kolosseum**  
Morgen Mittwoch  
**Gross-Ball**  
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. (6839)  
Joh. und R. Mittag.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Filiale Lübeck. (6865)

Umstande halber findet die Versammlung am Donnerstag, dem 27. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, bei Lender, Gundestr. 41, statt.  
Vorausichtlich Vortrag des Genossen Dr. Leber.  
Die Ortsverwaltung.  
**Deutscher Bauwerksbund.** (6860)

**Verksammling der Baudelegierten u. Vertreter d. Werkstätten**  
am Mittwoch, 26. Sept. abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
1. Die Lohnberechnung vom 20.-26. Septbr.  
2. Verschiedenes.  
Von jeder Baustelle und Betrieb muß ein Vertreter erscheinen.  
Nach der Delegiertenversammlung Vorstandsbildung.  
Der Vorstand.

**Winterschutzverein.**  
Donnerstag, 27. 9., 7 1/2 Uhr  
Mitglieder-Verslg.  
im Gewerkschaftshaus (6854)

**Fledermaus**  
8 Uhr. (6838)

**Santa-Theater.**  
Heute Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Zum letzten Male:  
**Der Leibkutscher des Fridericus Rex.** (6838)  
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
Zum ersten Male  
**Der Gauklerkönig.**  
Operette in 3 Akten von Gilbert.  
**Stadttheater Lübeck.**  
Dienstag, 7.30 Uhr:  
Rheingold. (6843)  
Mittwoch, 7.30 Uhr:  
Dykerpotts Erben.  
Donnerstag, 7.30 Uhr:  
Die Jüdin v. Toledo.

## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 25. September.

„Sozialist sein, heißt keineswegs bloß, den Triumph einer bestimmten Partei vorzubereiten, einen bestimmten Teil des Volkes einfach zu brücken. Es heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammenwirken sollen. Das gilt für die Kinder eines Landes sowohl, als auch für die verschiedenen Nationen. Friede soll an Stelle des Krieges treten. Gegenseitiger Dienst und Sympathie an die Stelle freikindlichen Eigennutzes und die Solidarität der Interessen an die Stelle der Zügellosigkeit der Selbstsucht.“  
August Bebel

### Ärgerung in der Bürgerschaft!

Der Konflikt zwischen Sozialdemokratie und Senat gipfelte gestern im Höhepunkt. Und wurde gleichzeitig auf die erste Stufe der Klärung gehoben. Die Aenderung der Landesverfassung wurde in der ersten Lesung mit Zweidrittelmehrheit genehmigt. Nur Deutschnationalen und Kommunisten stimmten dagegen. Damit wäre der Weg frei für das formale Mißtrauensvotum. Die Tage des jetzigen Senats sind gezählt! Gewogen und zu leicht befunden! Es ist das die vierte Kraftprobe der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion in dieser Session. Kaiserbilder! Amtsblatt! Gewerbesteuer! Und jetzt der Senat selbst! Alle vier Konflikte führte die Fraktion bis zum Ende durch: mit dem rücksichtslosen Willen zur Tat, unerschütterlich in ihrem Bewußtsein, die Massen des arbeitenden Volkes hinter sich zu haben.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung spielte sich eine sehr ausgiebige Debatte über die Erwerbslosenfrage ab. Die Genossen Dreger und Löwig richteten dabei die Frage an die Kommunisten, was sie denn bisher für die Erwerbslosen getan hätten, außer Parolenschrill und einigen wilden Reden? Auf die Antwort warten wir jetzt noch. Mit Beschimpfungen wollte man die Verlegenheit verdeken. Aber die Antworten fielen Schlag auf Schlag. Herr Heilborn, am ganzen Leib nur Mut über unsern Igel-Mitarbeiter ätzend, freilichte los: „Sind Sie vielleicht eine Arbeiterpartei?“ „Allerdings“ war die prompte Antwort, „oder glauben Sie, wir seien auch eine Heilborn?“ Und der Schakel des Seilwerkführers Judas Ischariot hütschte nochmals durch den Saal, unter dem Gefächler der ganzen Bürgerschaft.

Und dann: Meine Herren Kommunisten! Heute abend noch werden Sie Gelegenheit haben, Ihr warmes Herz für die Erwerbslosen zu beweisen. Auharten! Und die Gelegenheit kam. Bei der Vorlage über die Gewerbesteuer. Genosse Dr. Leber rechnete den bürgerlichen Parteien vor — und den Kommunisten — welchen Schaden der Staat durch ihre unselbige Politik gehabt habe. Die Steuer in ihrer ursprünglichen Form bringe nicht mehr die Hebefolgen. Jetzt komme die Finanzbehörde mit dem Vorschlag, statt 7 Einheiten 5000 zu erheben. Aber auch diese Zahl sei überhöht; denn der Geldwert entsprechend müßten wenigstens 20 000 Einheiten erhoben werden. Jedenfalls sei die sozialdemokratische Fraktion mit den 2 1/2 Billionen, die die 5000 Einheiten bringen, nicht zufrieden. Sondern sie beantragen eine Erhebung von mindestens 10 000 Einheiten; das bedeute eine Hebung des Ertrages auf rund 5 Billionen. Diese 2 1/2 Billionen Mehrertrag sollen — als erste Rate — dazu benutzt werden, die Not der Erwerbslosen zu lindern, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. 2 1/2 Billionen sind heute rund 75 000 Goldmark; nimmt der Staat dazu Kredite in entsprechender Höhe auf, so steht sofort eine Summe von 150 000 Goldmark zur Verfügung. Damit lassen sich mindestens 80 Wohnungen bauen. Immerhin ein Anfang! Und beginnende Belebung des gesamten Arbeitsmarktes!

Der Genosse Leber wandte sich beschwörend an die Kommunisten: Sie dienen den Erwerbslosen, mit diesem Geld unendlich mehr als mit allen wilden Parolen und mit allen Grundgesetzen der Welt! Stellen Sie sich neben uns! Die Abstimmung kam. Und die Sozialdemokraten fanden allein. Trotzdem hatten sie eine einfache Mehrheit. Das Gesetz geht in die zweite Lesung. Und die Erwerbslosen mögen sich eine Woche gebulden — sie können sich ja in der Zwischenzeit mit den Kommunisten unterhalten, ob sie am nächsten Montag das Geld wieder ablehnen werden.

Jedenfalls mögen die Erwerbslosen nachdenken! Wer hilft ihnen? Die Sozialdemokraten, die Tausende von Milliarden flüssig zu machen versuchen, gegen alle Widerstände von links und rechts? Oder die Kommunisten, die Tausende von Redensarten zu Schaum schlagen, um sie mit dem lächerlichen Pinzel mondächtiger Forderungen den Erwerbslosen fuchtelnd über Auge und Mund zu schmieren? Zu deutsch nennt man das: „einleisen“.

Zum Schluß spielte sich noch eine kurze, aber interessante Debatte ab. Der Genosse Leber verlangte von dem Vertreter des Senats Aufklärung über einen Zusatz zum Gesetz. Und konnte nach Erhalt in der Debatte feststellen, daß der Senatsvertreter von dem Gesetz, das er vertreten sollte, keine Ahnung hatte. Ist es da ein Wunder, daß die Finanzverwaltung Lübecks mit ihrer Wirtschaft mehr und mehr in den Sumpf gerät?

**Verbot der Verfüterung von Brotgetreide.** Das Nachrichtenamt schreibt uns: Die Devisenlage erschwert außerordentlich die Einfuhr ausländischen Brotgetreides und aus diesem Grunde muß fast die gesamte Brotverforgung Deutschlands auf inländisches Getreide abgestellt werden. Es scheint nun, als ob die erfreulicherweise gute Brotgetreideernte dieses Jahres die Aufhebung erweckt hat, als ob ein Sparen mit unseren Vorräten in diesem Jahre nicht so erforderlich wäre, und als ob das Verfüterungsverbot mit einer gewissen Nachsicht gehandhabt werden könnte. Diese Ansicht ist durchaus irrig und es ist im Gegenteil gerade in jetziger schwerer Zeit unseres Vaterlandes für jeden Volksgenossen oberste Pflicht, eine Vergewandung des Brotgetreides zu vermeiden. Die bei der derzeitigen Preisentwicklung verstärkte

Gefahr, daß Roggen der verbotswidrigen Verfüterung zugeführt wird, zwingt zu einer besonderen Verschärfung der Strafverfügungen für die Fälle, in denen die Verfüterung nicht beim Landwirt aus seiner eigenen Ernte, sondern von anderen, z. B. den Schweinemästereien, mittels erst erworbenen Getreides erfolgt. Der Reichsernährungsminister hat die Landesregierungen aufgefordert, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dem Verfüterungsverbot unbedingt Geltung verschaffen wird.

**Sozialdemokratischer Verein. Distriktsversammlung.**  
In einer ziemlich gutbesuchten Versammlung des 11. Distrikts im Volkertsaal am 21. September sprach Genosse Maing über die deutsche Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. In einstündigem Vortrag behandelte Redner das Thema erschöpfend vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedensvertrages an. Die Ausführungen des Referenten klangen darin aus, daß die große Not, hervorgerufen durch die Ruhrbesetzung durch die Franzosen, hätte vermieden werden können, wenn gewisse Kreise Deutschlands in demselben Maße wie die Lohn- und Gehaltsempfänger zu den Leistungen herangezogen worden wären. Gerade das Gegenteil von dem hätte man erlebt. Die breite Masse des Volkes erdrückte heute die Last, sie sei einer langsamen Verelendung verfallen, wohingegen der Besitz seine Sachwerte ungeheuer gesteigert hätte. Die seit Ausbruch des Krieges zu verzeichnenden schmerzhaften Gewinne seien die aus der Ruhrbesetzung gewonnenen. Hierzu habe die Politik der Regierung Cuno das ihrige beigetragen. Von letzterer hätte die neue Regierung ein trauriges Erbe angeerbt. Zur großen Koalition möge man stehen wie man wolle, Pflicht eines jeden Parteigenossen sei es, sich hinter diese Regierung zu stellen, da man in ihr den letzten Versuch erblicken müßte, die innen- wie außenpolitischen Verhältnisse zu legalisieren. Gelänge ihr dies nicht, wäre das Chaos unvermeidlich. Dem Lockruf der Kommunisten zu folgen sei eine sehr verhängnisvolle Sache. Bemüht und unbenüht arbeite diese Partei heute für den deutschen Faschismus. Trete das ein, was wir alle verhindern möchten, würde die Herrschaft der Kommunisten nur ein Augenblicksdauerschuld sein, denn allzu bald würde der deutsche Faschismus sie hier ablösen. Halte deshalb jeder in diesen kritischen Tagen treu zur Partei. — In der Diskussion sprach Genosse Feddern, der sich im allgemeinen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte. Er streifte dann weiter die Kommunalpolitik der Partei, mit der er nicht in allen Dingen einverstanden sei. — Genosse Maing wußte die Bedenken im Schlußwort zu be-

seitigen. Unter allen Umständen müsse die Partei an dem festhalten, was sie beschloffen habe. Die Umbildung des Senats sei eine unumgängliche Notwendigkeit. Dem Kräfteverhältnis in der Bürgerschaft müsse auch die Stärke im Senat entsprechen. Die Personenfrage scheide hier völlig aus, vielmehr sei die Sache hier alles. Mit der Umbildung des Senats allein wäre der breiten Masse der Bevölkerung auch noch nicht gedient, vielmehr sei eine weitgehende Demokratisierung der Verwaltung notwendig. Mit Recht forderte die Mitgliedschaft der Partei, daß endlich diese Geschichte aus der Welt geschafft würde, denn allzulange schon dauere dieser Zustand jetzt schon. Die Bürgerschaftsfraktion müsse deshalb dahingehend wirken, daß endlich die Sache geklärt würde. Auf Geduld und Verdröß hänge die Partei mit dieser Angelegenheit zusammen.

### Lübecker Teuerungsziffern.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgelegte Normalration von Lebensbedürfnissen für den vierwöchigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde. Die Teuerungszahl selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Die Indexziffer dagegen gibt den Grad der Teuerung an, d. h. am niedrigsten zurzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Preisermittlung vom 24. September 1923 berechneten Teuerungsziffern stellen sich folgendermaßen:

	Teuerungszahl Mark	Indexziffer (1913/14=1)
Ernährung . . . . .	1 732 428 246	31 602 121
Setzung . . . . .	220 472 814	39 440 575
Bekleidung . . . . .	52 500 000	24 881 517
Wohnung . . . . .	11 250 245	625 014
Bekleidung . . . . .	556 923 077	41 905 423
Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung . . . . .	2 016 651 805	25 045 347
mit . . . . .	2 573 574 882	27 433 902

Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt für die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck 61,9 Prozent und für die ohne Bekleidung 72,5 Prozent.

## Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 24. September.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemängelt K. A. N. (Komm.), daß die Eingabe der Erwerbslosen vom Juli noch nicht beantwortet sei. Der Redner stellt erneut den Antrag, die Forderungen der Erwerbslosen dem Senat zur Berücksichtigung zu überweisen. — Haut (Soz.) fordert u. a. schärfste Einhaltung des Achtstundentages und infolgedessen Ueberweisung des 1. Punktes der Forderungen an den Eingabenausschuß. — Rosenquist (Arbg.): Wir sind damit einverstanden, daß gebaut wird und die Mittel dafür bewilligt werden, verlangen aber, daß auch die Gewerbetreibenden berücksichtigt werden. — Dreger (Soz.) erklärt, die Forderungen der Erwerbslosen werde wohl niemand zu bezweifeln wagen. Die einfache Unterstützung der Erwerbslosenfrage sei nicht ausreichend und vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ungehend. Für Erwerbsmöglichkeit müsse in erster Linie gesorgt werden. In dieser Richtung hätten die Behörden und der ADGB. ständig gearbeitet und hauptsächlich dahin gewirkt, daß der Baumarkt so schnell wie möglich belebt würde. Der Redner geht im einzelnen die Forderungen der Erwerbslosen durch und fordert vor allem strenge Durchführung der Bestimmungen über den Achtstundentag, sowie strenge Kontrolle bei Betriebsstillegungen. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen sei in Angriff genommen. Es sollen Siedlungshäuser an der Dornbreite und Reichenhäuser in der Hanjstraße errichtet werden. Ferner würden Wohnungen für Altersheim gebaut. Ebenso seien andere Arbeiten in Vorbereitung. Den Kindern der Erwerbslosen werde bis zum 6. Lebensjahre 1/2 Liter Milch geliefert. Aus dem Handgeld seien aber die Mittel für die Erwerbslosen nicht zu schöpfen. Daß die Maßnahmen eine gewisse Zeit beanspruchten, ist nicht zu vermeiden; ebenso gewiß ist es aber auch, daß sie beschleunigt durchgeführt werden müssen. Die Fortverwaltung wird Abholungen bereitstellen. Der Senat wird im Einvernehmen mit der Finanzbehörde Mittel beschaffen. Mittagsspeisungen in der Volkshäule und bei der Armenbehörde werden gegen Entlohnung der Selbstkosten durchgeführt. Den Kommunisten gegenüber betont Dreger, es sei ja sehr leicht, weitgehende Forderungen zu stellen und sich bei gewissen Erwerbslosen beliebt zu machen. Das Gros der Erwerbslosen sei aber mit dem ADGB. der Ueberzeugung, daß Forderungen, auf deren Erfüllung man rechnen, überlegt sein müßten. Die Gewerkschaften seien sich der Pflicht wohl bewußt, und tagtäglich bemüht, die Not der Erwerbslosen zu mildern. Die Hauptsache sei Arbeit. Jeder Unternehmer sollte heutigentags Entlassungen möglichst vermeiden und lieber Arbeitsstretungen vornehmen. — Rosenquist (Komm.) ist der Meinung, die Erwerbslosen würden an der Nase herumgeführt. Man sollte die Schlemmerlokale schließen und das dort verbrauchte Gas den Erwerbslosen geben. — Grabner (Arbg.) stellt einen Antrag, den Gesandten für Lübeck anzuweisen, bei der Reichsregierung um Schaffung von Arbeitsgelegenheit vorstellig zu werden. — Löwig (Soz.) betont gleichfalls, daß unsere ganze Tätigkeit der Linderung der Erwerbslosennot gewidmet sei. Diese Arbeit sei nicht immer gleich nach außen hin bemerkbar und dann seien wir auch nicht in der Lage, die kapitalistische Wirtschaft sofort zu ändern. Das kommunistische Generalkonzept würde noch weniger nützen. Die Kommunisten hätten für die Erwerbslosen noch nichts getan, mit Worten und Aufreizung schaffe man nichts Praktisches. Den Unternehmern sei zu sagen, daß mit Betriebsstillegungen und -einsparungen die Not vergrößert werde. Sie sollten bedenken, daß es sich nicht um den Bestand einzelner Betriebe handle, sondern es gehe um den Bestand des Reiches und der Volkswirtschaft. Da müsse man eben auch einmal die Substanz angreifen. Wie wenig Verständnis man antreffe, zeige die Tatsache, daß z. B. ein Betrieb kurzarbeiten ließe, dann Entlassungen vorgenommen habe und die übrige Belegschaft vollarbeiten ließe. Den Arbeitern wurde die Steuer aus den Taschen genommen, durch Inflation kam das Geld den Betrieben wieder zugute, die während und nach dem Kriege ungeheure Gewinne gemacht haben. Für die Erwerbslosen fordern wir Notstandsarbeiten. Der Staat muß zur Arbeitsbeschaffung Kredite aufnehmen. Das Allgemeininteresse muß über den privaten Interessen stehen. Die Unternehmer sollten ernstlich darüber nachdenken, ob das Chaos für sie besser ist als die Existenzmöglichkeit des Volkes. Die Demobilisierungsvorschläge müssen mit aller Schärfe durchgeführt werden. — Haut (Soz.): Die Erwerbslosen werden järgig den Verlauf der heutigen Sitzung verfolgen müssen. Wenn sie die großen Mittel gewahren, die die Vorlagen in sich bergen, dann werden sie gemahrt werden, wo die Leute sitzen, die ihnen wirklich helfen. Von den großzügigen Steuervorlagen, die die

Kommunisten vor langer Zeit versprochen, haben wir bis heute nichts bemerkt. Wie stichhaltlos die Kommunisten arbeiten, ergibt sich auch aus ihrer Behauptung, die Schließung des Theaters würde den Erwerbslosen zugute kommen. In Wirklichkeit wäre der Effekt der, daß die Erwerbslosenzahl um 200 Mann erhöht würde. — Dreger (Soz.) polemisiert gegen Rosenquist, der behauptet habe, die Erwerbsloseneingabe sei erfolglos geblieben. Das sei eine Unwahrheit. Auch die vorhergehenden Eingaben der Erwerbslosen sind, an den tatsächlichen Verhältnissen betrachtet, weitgehend berücksichtigt worden. Die Kommunisten stellen ja immer recht hohe Forderungen, aber die Mittel dazu verjagen sie. Dafür schimpfen sie um so toller auf die Sozialdemokratie und propagieren ein Staatswochen auf dem Monde. — Rosenquist (Arbg.): Den Unternehmern geht es selber schlecht. Eine ganze Anzahl Arbeitgeber habe sich bereits als Erwerbslose gemeldet. — Koh (Komm.): Es gibt gewiß Unternehmer, die aus Notlage Arbeiterentlassungen vornehmen müssen. Das sind aber nur Ausnahmen. Der Appell von Dreger und Löwig an die Unternehmer ist vergebens. Die Sozialdemokratie ist der Schlichter des bürgerlichen Staates. Die Kommunisten werden die Erwerbslosenfrage anders lösen. — Dreger (Soz.): Die positive Grundlage für die Erwerbslosen werden zu untern Gunsten ausfallen. Bezeichnend ist, daß ein kommunistischer Vertreter in der Bürgerschaft erklärt hat, daß auch Unternehmer in die Lage kommen, Arbeiter zu entlassen. Wenn dieser Ausspruch von Sozialdemokraten gefallen wäre, würde er als Kapitalist nicht verfahren, wie es tatsächlich bei Verhandlungen in der Metallindustrie geschehen ist. Die Entscheidung wird zugunsten der gewerkschaftlichen Taktik fallen. — Dinter (Arbg.) polemisiert gegen Koh, auf dessen Betreiben eine Wohnung einer Familie entzogen worden sei. — Die Anträge Hauts werden angenommen, derjenige Klaus abgelehnt. — Der Vorschlag des Eingabenausschusses wurde im übrigen angenommen.

Der Senat erklärt, die Opfer des August würden jetzt im Krankenhaus sämtlich nach den Grundsätzen der ersten Klasse verpflegt.

**Aenderung der Lübecker Landesverfassung und Erlass eines Gesetzes über den Volkssentscheid.** — Der Senat hat hierzu folgenden Änderungsantrag gestellt: Artikel 21 a. Hat auf Grund eines Volkssentscheids eine Neuwahl der Bürgerschaft stattzufinden, so ist binnen sechzig Tagen neu zu wählen. Die alte Bürgerschaft führt die Geschäfte bis zur ersten Sitzung der neuen Bürgerschaft weiter. Findet die Neuwahl in der ersten Hälfte des Kalenderjahres statt, so läuft die Amtsdauer der neu gewählten Mitglieder bis zum ersten Montag im Dezember des zweiten, andernfalls bis zum ersten Montag im Dezember des dritten auf die Neuwahl folgenden Kalenderjahres. — Klein (Dem.) geht auf die frühere ablehnende Stellung seiner Fraktion zu der ersten Vorlage ein. Der heutige Antrag besetige den ersten Grund der Ablehnung. Um den zweiten ablehnenden Einwand zu beseitigen, beantragt die demokratische Fraktion die Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses zur Nachprüfung des Art. 5 der Verfassung und der damit zusammenhängenden Fragen in bezug auf Vereinfachung der Verwaltung. Zur Vorlage selbst stellt der Redner einige Änderungsanträge. — Haut (Soz.) erklärt, seine Fraktion stimme allen von den Demokraten gestellten Änderungsanträgen zu. — Heilborn (Komm.) sagt, die deutsche Arbeiterklasse hätte 1918 eine Verfassung zu ihrem Zweck und zum Heile der Arbeiterklasse der Welt schaffen können. Sie habe aber eine Ohnmacht gezeigt und den bürgerlichen erhalten helfen. Die Lübecker Verfassung sei mittelalterlich. Der Redner verliest die kommunistischen Vorschläge. Obwohl die Kommunisten auf dem Boden der Diktatur stehen, seien sie bereit, an der Aenderung der Verfassung so weit zu wirken, daß sie selbst dem bürgerlich demokratischen Sinn entsprechen. — Ewers (Soz.) läßt sich über Verfassungsfragen aus. Die Entwicklung erfordere im Interesse des Staates eine Verfassungsänderung, weshalb seine Fraktion dem Senatsantrag sowie den Anträgen der Demokraten zustimme. — Reimpell (Soz.) lehnt es ab, der überhäufteten Vorlage die Zustimmung zu geben. — Senator Dr. Bermeiren ist der Meinung, daß die von Herrn Klein gestellten Änderungsanträge gern vom Senat akzeptiert würden. Diese Änderungsanträge werden dem Vorkommensauschuß überwiesen. Die Senatsvorlage wird mit den von Klein gestellten Änderungsanträgen mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Das Gesetz über den Volkssentscheid wird ebenfalls angenommen.

**Abänderung der Verordnung vom 8. März 1922 über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel.** — Hetti (Arbg.) nimmt der

Vorlage zu, in der er einen Lichtstrahl für die Hausbesitzer sieht. Er stellt einige Abänderungsanträge. Das Wohnungsamt mache den Vermietern viele Schwierigkeiten und biete die Hand zu Wohnungsübernahme. Freiwerdende gewerbliche Räume müßten von der Zwangswirtschaft befreit werden. Der Redner stellt einen dahingehenden Antrag. — Senator Hoff bezweifelt, daß die von Herrn Hefti vorgebrachten Beschwerden zutreffen. Es werde eine Nachprüfung stattfinden. Gewerbliche Räume könnten bei der heutigen Notlage nicht freigegeben werden. Wohl aber würden berechnete Forderungen berücksichtigt. — Die Senatsvorlage wird angenommen; die Abänderungsanträge Heftis werden abgelehnt.

**Unterstützung für das Arbeiterinnenheim.** — Frau Grend (Komm.) hält die Miete von wöchentlich 3 Millionen zu hoch. Mindestens sollte den Bewohnerinnen noch morgens Kaffee gegeben werden. Ein Ausschuß sollte die Verhältnisse im Arbeiterinnenheim prüfen. — Die Rednerin bemängelt ferner das Essen im Heiligengeisthospital. Es komme aus dem Zucht haus und sei oft ungenießbar. Mischstände herrschen auch in den Krankenzimmern. — Direktor Dr. Lint jagt Berücksichtigung der Wünsche im Arbeiterinnenheim und im Heiligengeisthospital nach Möglichkeit zu. — Hefti (Arbg.) behauptet, daß im Arbeiterinnenheim stichlich Nichterwandfreies vorkomme. — Dreger (Soz.) Rigoros ist gegen die Bewohnerinnen nicht vorgegangen worden. Weitergehenden Wünschen werde Rechnung getragen. Das Gros der jungen Mädchen halte sich sehr gut; beschwerten über Liebesbekanntschaften der Mädchen könnten sich höchsten alle Jungfern. — Die Senatsvorlage wird angenommen. Der Antrag Greve auf Prüfung der Beschwerden wird dem Ausschuß für Wohlfahrtspflege überwiesen.

**Unterstützung von bei den August-Unruhen Verletzten.** — Zrl. Kolke (D.) fordert Entschädigung der Wunde „ohne eigenes Verschulden.“ Haut (Soz.) erklärt, es seien alle Verletzten unschuldig, wenn die Polizei so rigoros wie im Schützengraben vorgehe. Die eigentlich Schuldigen seien noch im Dienst. — Heißborn (Komm.) fordert Erhöhung der Summe. Mit 600 Millionen könne der Verlust der Opfer nicht wettgemacht werden. Dazu gehöre eine laufende Unterstützung. — Direktor Dr. Lint erklärt, die in der Arbeitsfähigkeit beschränkten hätten Anspruch auf Rente. — Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Der Zusatz von Zrl. Kolke abgelehnt.

**Bewilligung weiterer Mittel für Wohnungsbauten und Erhöhung der Wohnungsbaubehörde.** — Erhöhung des Beitrages zu den Kosten der Straßensanierung, des Feuerlöschwesens und Erhöhung der Grundsteuer. — Hefti (Arbg.) behauptet, die Wohnungsnot sei eine Folge der Zwangswirtschaft und der Mietpreisbildung. Letztere sei auch schuld an der Arbeitslosigkeit. Die lüthige Behörde habe das Reichsmietengesetz sabotiert. Die Wohnungsbaubehörde müsse nach der Einkommensteuer befragt werden. Die Hausbesitzer lehnen es ab, künftig diese Beträge einzuziehen. Erwerbslose Hausbesitzer müßten für gesteuerte Mieter Gelder ausgeben, die sie entweder wieder erhalten. — Senator Dr. Vermehren betont, daß es sich um ein Reichsgesetz handle, dieses verbitte die von Herrn Hefti vorgebrachten Wege. Andere Erhöhungen würden jetzt viel zu große Kosten verursachen. — Schumacher (Arbg.) beantragt u. a. den Zuschlag zur Grundsteuer zur Förderung des Wohnungsbaus alljährlich durch die Bürgerpflicht festzusetzen. — Dr. Gebhardt (D.) fordert andere Regelung der Geldbeziehung. Der größte Wert müsse darauf gelegt werden, dem Staate die nötigen Summen für die Fortführung des Wohnungsbaus zu geben. — Dr. Neumark (D.) wendet sich gegen die Herstellung von Strohwohnstätten. Sie schafften nicht genügend Arbeitsgelegenheit für alle Handwerker. Man sollte an dem Katernbau festhalten, der allerdings mehr mit Licht und Luft durchgeleitet werden sollte. Die Wohnungszwangswirtschaft sei schuld an dem Wohnungsmangel. Deutschland habe immer einen Ueberschuß an Bauhelfern gehabt. Die Wohnungsmiete sei im Verhältnis zum Arbeitslohn viel zu niedrig. Sie betrage im Monat nicht einmal eine Viertelsumme des Arbeitslohn. Dadurch sei der Baumarkt so schwer bedrückt worden. Man werde um eine Goldrechnung nicht herum kommen. — Dietrich (Arbg.) erklärt, ein Entschädigung des Reichsarbeitsministers empfehle den Ländern heute schon die Bezahlung des Mietzinses nach Goldwährung. — Brecher (Soz.) wendet sich gegen die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Man habe in anderen Fällen helle Erfahrungen mit zu frühzeitiger Aufhebung der Zwangswirtschaft gemacht. In England habe man sie in der Wohnungswirtschaft wieder eingeführt. — Ewers (D.) wendet sich gegen die Wohnungszwangswirtschaft und vor allem gegen die lange Dauer des vorliegenden Gesetzes. Dessen Grundlagen seien mangelhaft. — Senator Dr. Vermehren erkl. bei der Kritik die reichsgerichtlichen Vorarbeiten nicht zu vergessen. — Die obigen Vorlagen werden angenommen, die 1. mit der Maßnahme, daß sie nur für das Jahr 1923 Gültigkeit hat. Die 4. Vorlage werden auf Antrag Dr. Gebhardt zugleich einem Ausschuß zur weiteren Nachprüfung überwiesen.

**9. Nachtrag zum Gewerbesteuergesetz.** — Dr. Leber (Soz.) erinnert daran, daß seine Voransagen über die Unzumutbarkeit dieser Art Steuererhöhung wirklich eingetroffen seien. Bis zum Einzugstage habe die Steuer die Belastungskosten nicht mehr. Würde die Finanzbehörde genau geprüft haben, könnte sie nicht die Behauptungen aufstellen und sagen, die Steuer habe sich als „heißsam“ erwiesen. Da der Dezember-Jahres 756 Beitrag und dieser mittlerweile auf 1 1/2 Millionen angewachsen ist, kann sie ja leicht ausrechnen, wo der Fehler liegt. Wenn die Finanzbehörde das Gesetz fanggemäß anwenden würde, dann käme sie nicht auf 62, sondern auf 20 000 Einheiten. Der Geldentwertung entsprechende Kürze als nicht das 500fache, sondern das 20 000fache erhoben werden. Er habe den Vertretern der Finanzbehörde gesagt, daß man auf dem von ihr empfohlenen Wege nicht zu großen Summen gelange. Die Kommunisten hätten jetzt Gelegenheit, den Erwerbslosen nicht mit Worten, sondern mit Taten zu helfen, indem sie den sozialdemokratischen Antrag unterstützen. Dieser Antrag laute dahin, kann der geleisteten 5000 Einheiten deren 10 000 zu erheben, 5000 Einheiten brächten 2 1/2 Millionen, 10 000 aber das Doppelte. Den Erwerbslosen sei mit der Bewilligung von einigen Millionen mehr geholfen als mit den wunderwunderlichen kommunikativen Grundrissen. Deshalb beantrage die sozialdemokratische Fraktion die Verdoppelung der in der Vorlage vorgesehenen Gewerbesteuer. Der Redner kritisiert weiter die Kleinlichkeit der Finanzbehörde, die die Steuer auf 1000 Mark abzurunden beantrage. Dies sei recht bezeichnend für deren formalistischen Geist. Landwehrmarschalleine gebe es gar nicht mehr. Die Beiträge müßten auf eine Million nach oben abgerundet werden. — Senator Dr. Vermehren behauptet, es sei bei der heutigen Geldentwertung kein richtiger Maßstab für die Steuer zu finden. Die Abgerundete sei nicht gut anzuwenden. Hoffentlich finde sich ein anderer Weg. Gegen die beantragte Erhöhung habe die Finanzbehörde nichts einzuwenden. Ohne Debatte wurden folgende Anträge angenommen: **Wiederholter Antrag auf Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der „Reinigung Republik.“** **Annahme kurzfristiger Kredite.** **Erlass eines neuen Gewerbesteuergesetzes.** — 10 Uhr.

**Eine dänische Plakat-Ausstellung**  
Wird von der rührigen Nordischen Gesellschaft, deren Verdienste um die Stärkung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den nordischen Ländern unbefristet sind, von heute ab im St.-Annen-Museum auch der Lübecker Bevölkerung vorgeführt. Während der Sommerferien war sie vierzehn Tage lang in den Städtischen Kurpforten in Travemünde gezeigt worden. Herr Staatsrat Dr. Große eröffnete am Sonntag vormittag die interessante Ausstellung und der Sekretär der Gesellschaft, Herr Fromme, hielt im Anschluß daran einen kurzen einleitenden Vortrag. In dem von der vorjährigen Bucheindandausstellung her besonders bekannten letzten Räume des Oberstocks des Museums werden eine beträchtliche Reihe prächtiger Plakate meist in geschickter Gruppierung vorgeführt. Die Anordnung einzelner weniger bedeutender Plakate auf Tischen (eine Maßnahme, die wohl auch auf Mangel an Platz zu führen sein dürfte) ist nicht glücklich getroffen und widerspricht der Aufgabe des Plakats. Der Gesamteindruck, den die sehr bemerkenswerte Ausstellung macht, ist stark; er zeigt, daß die dänische Plakatkunst, die sowohl von der deutschen wie von der französischen viele Anregungen erhalten hat, sich neben den Erzeugnissen der Meister ihrer Vaterländer sehr wohl sehen lassen kann, ja, daß einzelne ihrer Meister — ich nenne vor allem den trefflichen Sven Braasch, der mit dreizehn zum Teil ganz besonders starken und originell durchgeführten Studien vertreten ist — eine besonders hohe Kunst offenbaren. Man achte einmal auf Meisterstücke wie Braasch's „Spionen“, „Sol Sommer och Studier“ (Sommer, Sommer und Studentinnen), „Alopatra“; oder auf des älteren Thor Bogelund's Arbeiten, die, von Hohlweins Formgebung und Flächenbearbeitung und besonders von Bernhards und Klingers Vorbildern stark beeinflusst, für die deutsche Plakatkunst in Dänemark bahnbrechend gewirkt haben. Herausgreifen möchte ich aus der Fülle des Gebotenen dreites Sven Henriksen's in derde Freuengeit, die er als weiße Silhouette gegen kräftig blauen Grund als Plakat für die Radiumfondsammlung schuf, ferner seinen vom eisblauen Wasserstrahl getroffenen flatternden roten Fahnen (Feuerwehrausstellung). Eine Reihe der oben erwähnten Plakate, besonders solche von Braasch, sind Zylinderplakate von hohem künstlerischem Werte. Wir möchten wünschen, daß auch unsere Filmreife sich fürter als bislang auf wirkliche Plakatkünstler besänne. Unsere Kunstgewerbetler und an der Plakatkunst interessierte weite Kreise werden diese Ausstellung mit Gewinn besuchen. Pth.

**Erhöhte Invalidenversicherungsbeiträge.**  
Die Geldentwertung und Lohnsteigerung der letzten Woche findet ihren Niederschlag nun auch in einer weiteren Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge. Kaum sind — mit der üblichen Verspätung — die ab 17. September geltenden Beitragssätze zum Verkauf gestellt, gibt der Reichsarbeitsminister schon wieder 6 neue Beitragssätze bekannt:  
für Arbeitsverdienste bis zu 163,331 Millionen

bis zu 233,331 Mill.	wöchentlich	= Klasse 45	= 2 500 000
bis zu 350,000 Mill.	wöchentlich	= Klasse 46	= 3 600 000
bis zu 466,669 Mill.	wöchentlich	= Klasse 47	= 5 200 000
bis zu 583,331 Mill.	wöchentlich	= Klasse 48	= 7 400 000
bis zu 700,000 Mill.	wöchentlich	= Klasse 49	= 9 400 000
bis zu 816,669 Mill.	wöchentlich	= Klasse 50	= 11 600 000

Die neuen Beiträge sollen am 1. Oktober in Kraft treten. Bis dahin verwenden Arbeitgeber für ihre Beschäftigten mit über 93,331 Mill. Wochenlohn Marken zu 1 990 000 Mt., für Hausangestellte mit freier Station (amtlich festgesetzter Wert ab 17. September = 5 000 000 Mt. täglich) Marken zu 740 000 Mt. Die Beitragssätze 36—39 fallen mit dem 1. Oktober weg. Die Mindestmarke — zur freiwilligen Aufrechterhaltung der Versicherung — ist dann Klasse 40.

Hand in Hand mit der Heraufsetzung der Beiträge geht eine Erhöhung der Feuerungszulage zu den Renten. Auskunft in Fragen der Beitragsleistung usw. erteilt die Auskunftsstelle der Landesversicherungsanstalt im Hause der Ortskrankenkasse, täglich 10—1 Uhr vormittags.

**Vertreterversammlung des Konsumvereins.**  
100 Millionen Mark Geschäftsanteil.  
Am Sonntag tagte die zweite Vertreterversammlung des Konsumvereins für Lübeck und Umg. im Gewerkschaftshaus zu Lübeck, um Maßnahmen zu beraten, die heutigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse zu überwinden. Geschäftsführer John berichtete an Hand von Beispielen über den großen Kapitalbedarf. Eine einzige Ladung Seife kostete über 1000 Mark. Hierzu käme, daß die Zahlungsbedingungen aller Lieferanten umgekehrt seien. Wo früher Kredit eingeräumt wäre, müsse heute Vorauszahlung geleistet werden. Die Berechnung in Papiermark habe fast aufgehört und sei es für den Konsumverein daher nur eine Frage der Zeit, sich ebenfalls auf Goldmarkpreise einzustellen. Selbstverständlich sei es dann aber auch notwendig, daß alle Arbeitnehmer ihre Entlohnung in Goldmark erhielten. Erst mit der Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel lasse sich der Verlust an Warenbeständen aufhalten. Die Zukunft läge für Lübeck ernst vor uns, doch hätten wir keinen Grund, hoffnungslos zu sein. Es müsse nur jedes Mitglied nach besten Kräften mitwirken, die vor uns liegenden Schwierigkeiten zu überwinden und sich demühen, die Betriebsmittel durch Einzahlung auf den Geschäftsanteil zu decken. Es folgte dann eine rege Aussprache ein, die sich vorwiegend mit Vorgängen in den einzelnen Bezirken beschäftigte. Geschäftsführer John konnte die vorgebrachten Beschwerden in keinem Schlußwort auflösen und betonte, daß auch für die Verwaltung des Konsumvereins das Wort an der Schiffsgeleitschaft zuträfe. „Allen zu gefallen ist unmöglich.“ Wer aber das ergreifende Schicksal „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann gesehen habe, begreife, warum es gerade Weber gewesen seien, welche die Genossenschaftsbewegung begründet hätten. Wenn man vor 50 Jahren in schwerer Zeit den Grundstein für die glänzende Entwicklung der Genossenschaftsbewegung gelegt habe, so müsse man in ebenfalls schwerer Zeit zu erhalten versuchen, was man in 50 Jahren mühsam aufgebaut habe. Für jeden überzeugten Genossenschaftler dürfe es nur ein Vorwärts geben, aber kein Zurück. Die Versammlung beschloß darauf einstimmig, den Geschäftsanteil auf 100 Millionen Mark und das Eintrittsgeld auf 10 Millionen Mark festzusetzen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Marxke, betonte, daß diesem Beschluß nur vor allen Dingen die Tat folgen müsse. Bei der Erörterung zum Ausschluß wurde Kubberich gewählt.

**Protest des Lübecker Beamtenbundes.** Uns geht folgender Bericht zu: In einer großen Versammlung am 21. September 1923 in den Zentrallen nahmen die Mitglieder des Lübecker

Beamtenbundes (Landesartteil des Deutschen Beamtenbundes) Stellung zu den letzten Vorgängen. Herr Schermer sprach über „Schicksalsstunden des Berufsbeamtenbundes“ und stellte in einem fünfteiligen Referat die Ursachen des Konfliktes zwischen Regierung und den Beamtenorganisationen dar. Der Redner ging auf die Hege der Presse ein, zeigte, daß mächtige Wirtschaftskräfte heute die Feinde der Arbeitnehmerkraft, insbesondere auch der Beamtenkraft, tätig sind. Für die Beamtenkraft habe von jeher das Wort Streikemans gegolten: „Das Interesse des Staates steht oben, wenn das Ich sich über den Staat erhebt, dann geht der Staat zugrunde.“ Die Not unseres Vaterlandes rührt von dem Ruhrkampf her. Die Beamtenkraft hat durch Aufbringung der Steuern und darüber hinaus große Opfer gebracht und wird sie ferner bringen. Heute, wo endlich auch einmal die kapitalkräftigen Schichten des Volkes herangezogen werden, erkennt man den Hoffgeist dieser Kreise. Wir bringen freiwillig das Opfer der Einstellung des Wirtschaftsjahresgehalts, wir werden aber der Regierung den schärfsten Widerstand entgegensetzen, wenn sie, wie es ihre Pflicht war, auch das Besteckständigkeitsabkommen brechen will. Der Redner ging dann auf den Entwurf des Beamtenabbaugesetzes ein und zeigte die Grundschlosigkeit des Entwurfs und die Bedrohung des gesamten Berufsbeamtenstands. Er schloß mit den Worten, daß die Beamtenkraft treu zur Regierung stehe, daß sie aber im Interesse des deutschen Volkes für die Erhaltung des Berufsbeamtenstands bis zum äußersten kämpfen müsse. — In einer Entschließung an die Spitzenorganisation wurden die Forderungen niedergelegt und von der Versammlung einstimmig angenommen. — Nach einer kurzen Aussprache ergriff der Vorsitzende noch einmal das Wort und wies unter dem Beifall der ganzen Versammlung darauf hin, daß die Zeit eine große Beamtenorganisation erfordere und daß die Beamtenkraft einig und geschlossen zusammenstehen müsse, um sich gegen die starken Wirtschaftsmächte behaupten zu können.

Der Vorstand der Asba (Arbeitsgemeinschaft der sog. Beamten und Angestellten) beschäftigte sich in seiner Sitzung am Freitag, dem 21. September, u. a. auch mit Vorgängen vom 9.—10. August und ihren Folgen. Nach längerer Aussprache, an der sich alle Anwesenden beteiligten, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Der Vorstand der Asba billigt einstimmig das Vorgehen der Parteiführungen gegen die an den Vorgängen vom 9.—10. August schuldigen Beamten und macht sich die bekannte Erklärung der sog. Bürgerrechtsfraktion voll und ganz zu eigen.“

Die Zentrale für private Fürsorge, Johannisstraße 47/49, Fernruf 8744, bittet ihr bei Minderung der Not helfend zur Seite zu stehen und leere Zigarrenkisten und Blechdosen zu spenden, da die jetzigen Sammelbüchsen für heutige Zeit zu klein sind.

Der Goldwährungsbeitrag für die Landabgabe beträgt für die Woche vom 24.—29. Sept. einchl. 34 800 000.

Die Butter- und Milchpreise blieben bei den gestrigen Notierungen der Hamburger Kommissionen unverändert.

Der Verkauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 24. September 1923 ab bis auf weiteres zum 10 000 000fachen Betrage des Nennwertes statt.

pb. Diebstahl. Einem Landmanne auf der Teerhofsinsel sind in der Nacht vom 22./23. Sept. 3 Schafe gestohlen worden. Zwei wurden an Ort und Stelle abgeschlachtet. — Ein Fahrrad „Lorpedo“, wurde aus einem Hausflur der Untertrave gestohlen.

**Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.**

**Sozialdemokratischer Verein, 6. Distrikt.** Mittwoch, den 26. September, abends 7 1/2 Uhr bei Kiechhof, Genierstr.: Versammlung. Vortrag des Gen. Dr. Leber. Vollzähliges Erscheinen erwartet. Wegener.

**Stadttheater.** Am Dienstag-Ab. wird zum letztenmal „Reingold“ gegeben.

**Santa-Theater.** Heute Dienstag, 7 1/2 Uhr: Zum letztenmal „Der Leibfischer des Fridericus Rex“. Mittwoch: „Der Gauklerkönig“.

**Angrenzende Gebiete.**  
Hamburg. Zweistündiger Streik im Hafen und in den Zeitungsbetrieben. Als Fortsetzung des einstündigen, von den freien Gewerkschaften angeordneten Streiks am Sonnabend, wurde Montag mittag von den Gewerkschaften ein zweistündiger Streik von 12 bis 2 Uhr im Hafen und in den Zeitungsbetrieben beschlossen. Infolgedessen ruhte während der zwei Stunden der Hafen vollständig, auch in den Zeitungsbetrieben wurde nicht gearbeitet.  
Neumünster. Nur wer Dollar hat, kann Butter essen! In welcher verbretterischer Weise die Produzenten jetzt dazu übergehen, die Papiermark als Zahlungsmittel abzulehnen und ihre Waren auch an die Kleinverbraucher nur noch gegen Devisen abzugeben, zeigt folgender Fall: Unserm Bruderblatt in Zwiska u. S. wird von Lesern, die bisher von einem heißen Butterproduzenten ständig Butter bezogen haben, ein hochinteressanter Geschäftsbrief vorgelegt, der folgenden Wortlaut hat:  
„Neumünster (Holst.), Datum der Post. (11. 9. 23.)  
P. P.  
Ich danke für Ihre Bestellung, doch bin ich leider, nachdem die Produktion im Abnehmen begriffen ist, nicht in der Lage, diese auszuführen.  
Ich muß vielmehr, der Not gehorchend, denjenigen den Vorkauf geben, wer mich in Zahlung von Devisen in der Beschaffung von Rohle unterstützt. Sollte Ihnen dieses möglich sein, werde auch ich mein Möglichstes tun, Ihnen Butter zu liefern.  
Angenehm sind mir Dollars, Pfunde oder holl. Gulden. Schecks kann ich nicht in Zahlung nehmen.  
Einf. Zusendungen erbitte per Einschreiben.  
Ich hoffe, daß Sie meine Lage verständlich finden und zeichne in dieser Erwartung  
gez.: J. Timm.“  
Die Butter wird also nur noch gegen Dollars oder andere Devisen geliefert; wer keine Devisen hat, braucht keine Butter zu essen. Papiermark wird nicht mehr in Zahlung genommen; wer recht viel von den wertlosen Schein hat, mag sich damit seine Zimmer recht bunt tapezieren lassen.

**MAGGI Würze** hilft in der Küche sparen  
Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI Würze.  
Vorteilhaftester Bezug in plombierten Originalflaschen Nr. 6

Man verlange ausdrücklich **MAGGI Würze.**

Willi Westfaling  
32 Goldstr. 32  
Steppdecken  
Anfertigung u. Neuhaziehen Spatmann  
Breite Str. 31 Fernsp. 8650  
(6814)